

GRÜN

Unsere
Bilanz der
6. Legislatur



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

LANDTAG THÜRINGEN



Unsere Inhalte:

Klima schützen – Welt retten	2/3	Für eine digitale Gesellschaft	40/41
Umweltschutz geht uns alle an	4/5	Eine moderne Verwaltung für Transparenz und gegen Lobbyismus	42/43
Biologische Vielfalt stabilisieren	6/7	Kulturland Thüringen	44/45
Ministerin Anja Siegesmund	8/9	Besser von A nach B	46/47
Demokratie ausbauen und Mitbestimmung erleichtern	10/11	Wirtschaft nachhaltig gestalten	48/49
NSU – Konsequenzen und Verantwortung	12/13	Nachhaltig haushalten	50/51
Der Aufarbeitung verpflichtet	14/15	Politik für die Menschen vor Ort	52/53
Grün? Machen wir!	16/17	Sicher leben in Thüringen	54/55
Vorfahrt für Qualität – Für eine gute frühkindliche Bildung!	18/19	Thüringen, Europa und die Welt – global denken, lokal handeln	56/57
Einsatz für gute Schule	20/21	Das darf nicht vergessen werden	58
Ein starker Hochschulstandort	22/23	Bildnachweise	60
Eigenständige Jugendpolitik für Thüringen	24/25	Mitarbeiter*innen der Fraktion	61
Für eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik	26/27	Abgeordnete der Fraktion	62
Minister Dieter Lauinger	28/29	Auf einen Blick	63
Gesund und gut versorgt	30/31	Impressum	64
Teilhabe für alle Menschen	32/33		
Tiere als Mitgeschöpfe betrachten	34/35		
Gutes Leben für Mensch und Tier	36/37		
Momente einer Legislatur	38/39		

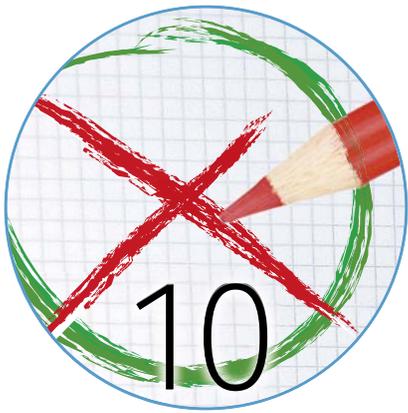


In der lebendigen
Natur geschieht nichts,
was nicht in der Verbindung
mit dem Ganzen steht.

Johann Wolfgang von Goethe



Klima schützen
Welt retten



Demokratie
ausbauen



Einsatz für
gute Schule

Liebe Thüringerinnen und Thüringer!

Die Wahlperiode des Thüringer Landtages geht nun dem Ende zu. Erstmals in der Geschichte unseres Freistaates waren auch wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an der Landesregierung beteiligt. Wir sind stolz auf das, was wir geschafft haben, und legen Ihnen diese Bilanz vor. Transparenz und Mitbestimmung, Klima- und Naturschutz – das sind die beiden großen Leitthemen neben vielen anderen Debatten gewesen. Der politische Ton und die Auseinandersetzungen sind rauer geworden. Dem haben wir unsere strikte Sachlichkeit und unsere Standpunkte entgegengestellt.

Dort, wo wir mit unserer Regierungspolitik auch heftigen Widerspruch ernteten, haben wir das Gespräch gesucht. Bürgerinnen und Bürger sind kritischer geworden und fragen zu Recht nach. Auch dieses Informationsbedürfnis wollen wir mit unserer Bilanz befriedigen.



Sprechen
Sie uns
gerne
darauf an!

Dirk Adams
Fraktionsvorsitzender

Klima Welt

schützen retten

Es ist eine der zentralen Aufgaben dieser Generation, die Erderwärmung mit ihren katastrophalen Auswirkungen zu bremsen. Mit dem Thüringer Klimagesetz macht Thüringen Ernst beim Klimaschutz und bei den Folgen des Klimawandels. Damit wollen wir es schaffen, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu sein. In Zwischenschritten bedeutet das: 70 Prozent weniger Kohlendioxidausstoß bis 2030 und 80 Prozent weniger bis 2040 im Vergleich zum Jahr 1990.

Investieren in eine positive Zukunft

Es ist uns gelungen, Förderungen im Energiebereich zu bündeln: Mit dem Baukasten aus GreenInvest, SolarInvest und KlimaInvest können Unternehmen, Kommunen und Private in umweltfreundliche Mobilität, den Ausbau erneuerbarer Energien und in Energieeffizienz investieren. Thüringen ist damit Vorreiter bei der Etablierung von Mieterstrommodellen, der Kombination aus Photovoltaikstrom und Elektromobilität und bei der Beratung für energiesparendes und energieeffizientes Wirtschaften.

Das Land – Vorbild und Verantwortung

Mit dem beschlossenen Konzept für eine klimaneutrale Landesverwaltung bis 2030 setzt Thüringen Maßstäbe im Klimaschutz. Mit einem klaren Emissionspfad soll der Energieeinsatz deutlich reduziert werden und der Wärme- und Stromverbrauch aus erneuerbaren Quellen kommen. Bei der Mobilität gilt künftig die Priorität der Umweltfreundlichkeit, so dass bei Fuhrparks und Dienstreisen Maßnahmen zur Emissionsreduktion umgesetzt werden. Auch der Gebäudebestand des Landes kommt auf den Prüfstand und wird den Erfordernissen einer klimaneutralen Landesverwaltung angepasst. Bis 2022 hat sich das Land mit durch unsere Initiative verpflichtet, auf allen Landesimmobilien Solarstromanlagen zu errichten.

Klima-
gesetz §

für Thüringen
beschlossen



„Mit dem Thüringer Klimagesetz macht Thüringen Ernst beim Klimaschutz und bei den Folgen des Klimawandels.“

Roberto Kobelt, Sprecher für Klimaschutz

Die Landesenergieagentur

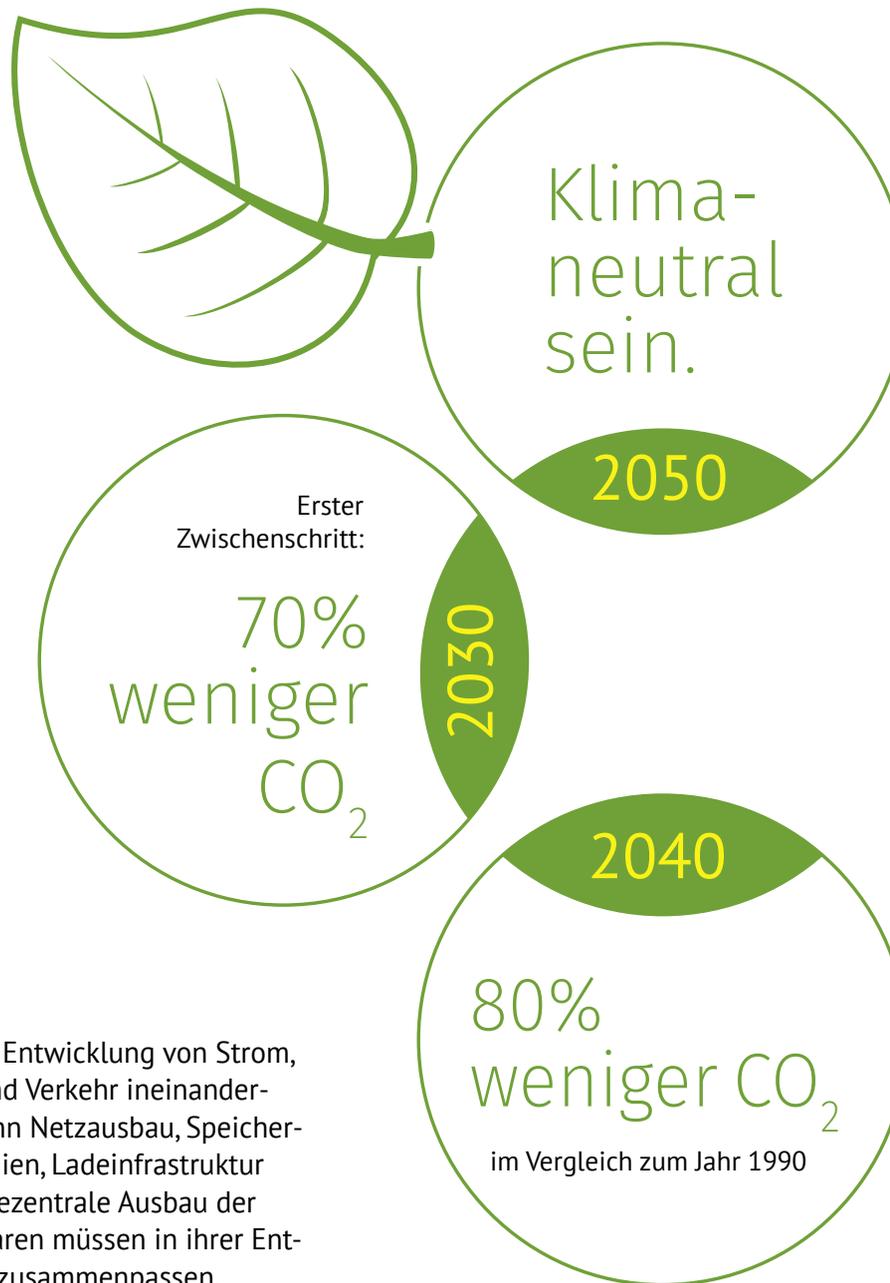
Die Thüringer Energie- und Green-Tec-Agentur haben wir zu einer Landesenergieagentur für alle umgebaut. Mit den Servicestellen Windenergie und Solarenergie haben wir einer breiteren Beteiligung von Bevölkerung, Unternehmen, Behörden und Verbänden an den maßgeblichen Zukunftsenergien Raum gegeben. Auch die Kommunen sind wie beim kommunalen Energiemanagement ein sehr wichtiges Arbeitsfeld, weil nur hier Energiewende und Klimaschutz funktionieren können. Kommunikationsprojekte, wie der Klimapavillon, ermöglichen daneben eine breite Diskussion.

Das haben wir vor

Wir wollen – neben dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien – gute Rahmenbedingungen für die Energiewende erstellen,

damit die Entwicklung von Strom, Wärme und Verkehr ineinandergreift. Denn Netzausbau, Speichertechnologien, Ladeinfrastruktur und der dezentrale Ausbau der Erneuerbaren müssen in ihrer Entwicklung zusammenpassen. Wir wollen die Wärmewende: Thüringen soll zum Land der Energieeffizienz werden. Energetische Modernisierung soll sich lohnen, ob für die eigenen vier Wände oder für Vermieter. Daher fordern wir auf Bundesebene, dass endlich der Steuerbonus für energetische Sanierung realisiert wird. Und so wie Kommunen mit ihren Flächen klug planen können, wollen wir es auch für die Wärmeversorgung gemeinsam mit Städten und Gemeinden angehen.

Denn gerade unser gutes Nah- und Fernwärmenetz kann mehr erneuerbare Energien einbinden, während über kommunale Wärmepläne bisher ungenutzte Potenziale aufgezeigt werden können. Wir wollen die Beratungsqualität für die Kommunen weiter verbessern, damit in fünf Jahren alle Städte und Landkreise einen Klimaschutzmanager haben.



Umweltschutz geht uns alle an

Sauberes Wasser, saubere Luft, gesunde Böden. Was so einfach klingt, ist oft nicht einfach zu bekommen. Seit 2014 haben wir dafür gesorgt, dass Umweltzerstörung gestoppt und die Folgen vergangener Umweltsünden behoben werden.

Ruhiger schlafen in Rositz

Rositz war das Synonym einer jahrzehntelangen außergewöhnlichen Umweltzerstörung. Die befürchteten Spätfolgen der Verkokung von Teeren zu Elektrokoks sind mit dem Grundwasseranstieg durch die Flutung der Tagebaue im Süden von Leipzig tatsächlich eingetreten. Unter Einbindung des Bundes konnte den Anlieger*innen, die von aufsteigendem kontaminiertem Grundwasser betroffen waren, endlich geholfen werden. Entschädigungen wurden gezahlt, Häuser wurden abgerissen oder saniert. Ein Erfolg grüner Beharrlichkeit zugunsten der Menschen und ihrer Umwelt.

Ausstieg aus der Werra- versalzung

Seit über 100 Jahren unterliegt die Werra den Einflüssen der Kaliindustrie, die ihre Abwässer über den Fluss entsorgt. Mit dem Masterplan Salzreduzierung liegt seit 2016 erstmals ein auch von der Kaliindustrie akzeptierter Pfad vor. Darin wird festgelegt, wie Produktionsabwässer besser aufgearbeitet und die Belastung somit schrittweise bis 2027 gesenkt werden kann. Durch die Rückgewinnung von Salz, eine Abdeckung der Halden sowie die Einlagerung der Rückstände unter Tage soll der von der EU geforderte „gute ökologische Zustand“ erreicht werden, so der ausgehandelte Plan.

Priorität für den Gewässer- und Hochwasserschutz

Das Jahrhunderthochwasser von 2013 hat deutlich gemacht, dass Thüringen einen besseren vorsorgenden Hochwasserschutz

braucht, zum Beispiel mehr Retentionsräume, also Flächen, die bei Hochwasser beabsichtigt überflutet werden, um ein starkes Ansteigen des Pegels zu verhindern. Mit der Umsetzung von über 3.200 Einzelmaßnahmen aus den Landesprogrammen Gewässer- und Hochwasserschutz mit einem Mitteleinsatz von 280 Mio. Euro wird dem jetzt endlich Rechnung getragen. Denn der Klimawandel und seine Folgen müssen bereits heute vorgedacht und bekämpft werden.



10
Meter

Uferrandstreifen
bei Gewässern



Sauberes Wasser für alle

Mit einem überarbeiteten Wassergesetz haben wir alles rund um das Wasser neu zurechtgerückt. Wir haben verpflichtende Gewässerrandstreifen eingeführt, die verhindern sollen, dass Pflanzenschutzmittel und Dünger in den Gewässern landen. Gleichzeitig schaffen neue Regelungen einen hohen Anschlussgrad an die öffentliche Entsorgung. Und bei der Gewässerunterhaltung sorgen künftig Unterhaltungsverbände für eine gleichbleibende Qualität. Damit hat sich Thüringen wasserrechtlich neu und modern aufgestellt.



Das haben wir noch vor:

Wir wollen landespolitisch weiter für gute Luft, sauberes Wasser und gesunde Böden streiten. Dafür brauchen wir eine bessere Zusammenarbeit mit Landwirten, Abwasserzweckverbänden und mit den Trägern der Gewässerunterhaltung. Dieses neue Miteinander ist unser Ziel und Auftrag zugleich.

250 Mio.
Euro für den
Gewässer- und
Hochwasserschutz



Biologische Vielfalt stabilisieren

Naturschutz und damit der Erhalt der biologischen Vielfalt stehen für uns an erster Stelle. Ob Insektensterben, Flächenfraß oder intensive Landnutzung in Feld und Wald. Wir stemmen uns gegen die Gefährdung und Zerstörung unserer Lebensgrundlagen im Freistaat und setzen wirkungsvolle Gegenmaßnahmen durch.

Grünes Band als Lebenslinie

Am 9. November 2018 hat der Thüringer Landtag den ehemaligen Todesstreifen der innerdeutschen Grenze auf 763 Kilometern per Gesetz zum Nationalen Naturmonument erklärt. Das ist ein Ausrufezeichen für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Vergangenheit und ihrer Bewältigung. Gleichzeitig entsteht damit ein einmaliger Biotopverbund, der die Ausbreitung von Arten unterstützt – also eine wahre Lebenslinie für dieses Land.

Dort, wo die Sägen schweigen

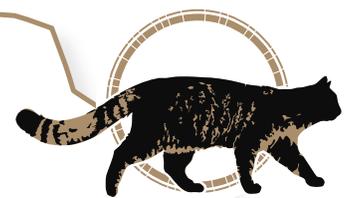
Thüringen macht bei der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie ernst und entzieht fünf Prozent seines Waldes der forstwirtschaftlichen Nutzung. Damit geben wir echten Naturwäldern wieder mehr

Raum, sowohl im Nationalpark Hainich als auch am Possen bei Sondershausen. Denn aufgrund der Anzahl älterer Bäume, vielfältigerer Strukturen und einer Kontinuität von Habitaten sind natürliche Wälder reicher an bedrohten Arten. Gleichzeitig schaffen wir mit dem „Thüringer Urwaldpfad“ Zugänge für die Öffentlichkeit, um diese Art des Waldes kennenzulernen und zu verstehen.

Natura-2000- Stationen machen den Unterschied

In Thüringen haben wir ein Netz aus zwölf Natura-Stationen mit Kompetenzzentren aufgebaut und sorgen somit für den flächendeckenden Erhalt wertvoller Lebensräume. Kompetente Mitarbeiter*innen managen gemeinsam mit Landwirt*innen und Kommunen,

dass vor Ort Schafe und Ziegen weiden, Moore revitalisiert oder Waldlebensräume wieder vernetzt werden. Wir haben damit den Naturschutz handlungsorientiert aufgestellt. Ganz im Sinne des europäischen Schutzgebietsnetzes „Natura 2000“ helfen wir bedrohten Tier- und Pflanzenarten in 212 Fauna-Flora-Habitat-Gebieten (FFH) und 44 EU-Vogelschutzgebieten im Freistaat.



NATURA-2000-STATION

12 Natura-2000-
Stationen

wurden seit 2015 errichtet

763
Kilometer

ehemalige innerdeutsche
Grenze wurden zum
Nationalen Natur-
monument
erklärt.



Schafe und Ziegen als Naturschützer

Schafe und Ziegen haben Teile unserer Kulturlandschaft geprägt und wichtige Biotope entstehen lassen. Dem Rückgang bei der Haltung von Schafen und Ziegen setzen wir seit 2019 eine bundesweit einmalige, tierbezogene Prämie entgegen. So wird die wirtschaftliche Situation von Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben gestärkt und gleichzeitig der Erhalt von wertvollem Halbtrocken- und Trockenrasen gesichert.

Das haben wir noch vor:

Ein Augenmerk wollen wir darauf legen, dass der fortschreitende Flächenfraß endlich begrenzt wird und dass Flächenversiegelung nur noch bei gleichzeitiger Flächenentsiegelung stattfinden kann. Gleichzeitig werden wir uns in den kommenden Jahren für das Ziel aus der Nationalen Biodiversitätsstrategie einsetzen, dass zwei Prozent der Fläche des Freistaates für Wildnisgebiete zur Verfügung stehen. Im Südharz/Kyffhäuser wollen wir mit dem Biosphärenreservat eine Vorzeigeregion vorbildlicher Regionalentwicklung umsetzen und damit dem Naturschutz im Bereich des Gipskarstes einen Vorrang einräumen.



1.000
Hektar
Waldwildnisgebiet
am Possen bei
Sondershausen

Liebe Thüringerinnen und Thüringer!

Meine jüngste Tochter hat mich mal einer ihrer Freundinnen als „Umwälzministerin“ vorgestellt. Umwelt – das ist ein schweres Wort. Vielleicht beginnen wir eher, von unserer „Mitwelt“ zu sprechen? Denn wir brauchen die Natur, mehr als sie uns!

Mit uns ist Thüringen spürbar grüner geworden. Jetzt gibt es mehr Natur- und Klimaschutz im grünen Herzen als je zuvor. Angesichts der existentiellen globalen Bedrohungen des Artensterbens und der Klimakrise haben wir keine Zeit zu verlieren.

Daher haben wir in nur einer Legislatur eine beispiellose Aufholjagd für die Natur begonnen und 12 Natura-2000-Stationen eröffnet, das Grüne Band als Nationales

Naturmonument ausgewiesen und das Landesnaturschutzgesetz novelliert.

Und: Jetzt können fünf Prozent der Thüringer Wälder ohne wirtschaftliche Nutzung ungestört wachsen – im Hainich, im Pöllwitzer Wald, im Possen, auf der Hohen Schrecke. Bäume, die alt werden können und verrotten, schaffen neue Lebensräume. Auch das stärkt die Artenvielfalt in Thüringen, die uns allen so wichtig ist. Das Ökosystem erholt sich – und wir uns mit.

Auch im Klimaschutz haben wir einen echten Neustart gemacht. Mehr als die Hälfte unseres selbstproduzierten Stromes kommt heute aus Erneuerbaren Energien: aus Wind, Sonne und Biomasse. Bis 2040 sollen es

100 Prozent werden. Das stärkt das Klima und unsere Wirtschaft. Auf den Weltklimakonferenzen in Bonn und Kattowitz habe ich Thüringen als Transformationsregion beschrieben, in der wir schon 60 Prozent CO₂ eingespart haben, der Kohleausstieg hinter uns liegt, wir ein Klimagesetz beschlossen haben und die ersten E-Busse rollen.

Jetzt geht unser Blick nach vorn: Lasst uns gemeinsam an einer echten Mobilitäts- und Agrarwende in Thüringen arbeiten. Lasst uns weiter an einem modernen und ökologischen Thüringen arbeiten. Denn Klima-, Natur- und Umweltschutz brauchen eine starke Vertretung im Land.

Das sind wir.



Anja Siegesmund

**Thüringer Ministerin
für Umwelt,
Energie und Naturschutz**

Demokratie ausbauen und Mitbestimmung erleichtern

Der Ausbau der Mitbestimmung von Bürger*innen und die Stärkung direktdemokratischer Elemente in Thüringen zählen zu unseren bündnisgrünen Kernanliegen. In der zu Ende gehenden Legislatur ist uns vieles in diesem Bereich gelungen – zumindest auf kommunaler Ebene. Auf Landesebene scheiterte das an der CDU-Fraktion.

Mehr Mitbestimmung ermöglichen

Die Verabschiedung des „Thüringer Gesetzes über das Verfahren bei Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid“ (ThürEBBG) im Jahr 2016 war ein großer Erfolg für uns und unsere Mitstreiter*innen von Mehr Demokratie e.V. Mit diesem Gesetz haben wir die direkte Demokratie auf kommunaler Ebene entscheidend weiterentwickelt, indem die Verfahren vereinfacht und Rechte ausgebaut wurden. Damit befinden wir uns an der Spitze des bundesweiten Rankings von Mehr Demokratie e.V.

Das Recht auf Mitbestimmung

Für die Kommunalwahlen haben wir das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesetzt. Junge Menschen sind aufgrund ihres Alters am längsten von politischen Entscheidungen betroffen. Daher ist es besonders wichtig, dass ihre Stimmen mehr gehört werden. Bei den Kommunalwahlen im Jahr 2016 konnten somit erstmals auch 16- bis 18-Jährige an der Wahl teilnehmen. Ebenso gilt dies für Bürger*innenbegehren und -entscheide auf kommunaler Ebene. Gerne hätten wir das Wahlalter 16 auch auf Landesebene eingeführt. Für diese Verfassungsänderung hätten wir jedoch die Stimmen der CDU im Thüringer Landtag gebraucht. Diese ist jedoch für das Wahlalter 16 auf Landesebene nicht zu gewinnen gewesen.

Gemäß Thüringer Wahlgesetz waren Menschen, die einen Betreuer haben oder sich in einem psychiatrischen Krankenhaus befinden, vom Wahlrecht ausgeschlossen. Dieser Ausschluss war aus unserer Sicht nicht gerechtfertigt. Deshalb haben wir ein Gesetz verabschiedet, sodass das Wahlrecht nur noch durch einen Richterspruch entzogen werden kann. Zwischenzeitlich bestätigte das Bundesverfassungsgericht diese Auffassung.

Transparenzgesetz

Nach langem Warten erreichte Anfang 2019 der Entwurf des Transparenzgesetzes den Landtag. Wir sind zuversichtlich, dass wir es nach einem ausführlichen Anhörungsverfahren noch in dieser Legislatur verabschieden können und staatliches Handeln für die Bürger*innen transparenter wird. Denn letztlich bildet die Möglichkeit, sich einfach informieren zu können, eine Basis für Demokratie und Mitbestimmung.



„Wir befinden uns
an der Spitze des bundesweiten Rankings
von Mehr Demokratie e.V.“

Dirk Adams, Sprecher für Demokratie



Mehr Mitbe- stimmung auch für Angestellte

In diesem Jahr wird der Landtag die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes beschließen. Die Landesregierung hat mit ihrer Vorlage bereits zahlreiche Rechte der Personalräte ausge-

weit. Wir sind aber noch einen Schritt weiter gegangen und haben die Zuständigkeit der Personalräte in allen „personellen, sozialen, organisatorischen und innerdienstlichen Maßnahmen

der Dienststellen“ festgeschrieben. Wir haben uns dabei besonders für eine bessere Mitbestimmung von studentischen Beschäftigten eingesetzt.

Das haben wir noch vor:

Um mehr Frauen in die Parlamente zu bringen und den jahrelangen Missstand der mangelnden Repräsentanz zu beheben, haben wir als Bündnisgrüne ein Paritätsgesetz auf den Weg gebracht, das noch in dieser Legislatur beschlossen wird. Thüringen wird damit das zweite Bundesland sein, das eine solche Regelung beschließt.

Mit unseren Koalitionspartnern wollen wir außerdem umfassende Änderungen an der Thüringer Kommunalordnung vornehmen. Wenn diese Bilanz erscheint, befindet sich der Gesetzentwurf voraussichtlich bereits in der Beratung im Innenausschuss. Dabei sollen unter anderem die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen ausgeweitet, die finanzielle Aus-

stattung der Fraktionen und die Transparenz – unter anderem mit öffentlichen Ausschusssitzungen – verbessert werden. Wir streiten weiter für das Wahlalter 16 auf Landesebene sowie für eine Aufweichung des Finanzvorbehalts bei Bürger*innenbegehren, um mehr Mitbestimmung bei Vorhaben zu ermöglichen, die den Landeshaushalt betreffen.

NSU – Konsequenzen und Verantwortung

Der rechtsterroristische Nationalsozialistische Untergrund (NSU) hat zehn Personen ermordet. Neun Morde des NSU hatten ein rassistisches Motiv. Darüber hinaus wurde durch drei Bombenanschläge in Nürnberg und Köln sowie 15 Raubüberfälle eine Vielzahl von Menschen verletzt. Der Thüringer Untersuchungsausschuss hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Vorgänge um den NSU aufzuklären.

Rechtsstaat braucht Aufklärung und Aufarbeitung

Zehn Tage nach der Enttarnung des NSU am 4.11.2011 in Eisenach-Stregda reichte die bündnisgrüne Landtagsfraktion eine Aktuelle Stunde mit dem Titel „Ursprung der rechten Terrorzelle in Thüringen aufklären!“ ein. Schließlich forderten die Bündnisgrünen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der überparteilich von allen Fraktionen im Landtag eingesetzt wurde. Aufgrund offen gebliebener Fragen wurde auch in dieser Legislaturperiode ein Untersuchungsausschuss eingesetzt. Die Opfer und Betroffenen der

Straftaten des NSU waren nicht nur von dem Rassismus der Behörden betroffen, sondern auch der unwürdigen und rassistischen Bezeichnung der Mordserie in den Medien ausgesetzt. Auf Grundlage dieser Erkenntnis haben wir uns in einer Enquetekommission „Rassismus & Diskriminierung“ intensiv mit Rassismus auseinandergesetzt und Handlungsempfehlungen für eine Gesellschaft ohne Rassismus erarbeitet.

Entschädigung und Gedenken

Die Opfer und Betroffenen der Morde und der Anschläge des NSU wurden über viele Jahre im Stich gelassen – mit Zweifeln. Teilweise wurden sie selbst beschuldigt. Die Täter*innen wurden in Thüringen politisch sozialisiert und radikalisiert. Hier tauchten sie unter. Die Thüringer Sicherheitsbehörden konnten das nicht verhindern und die Ermittlungen haben nicht zur Festnahme der Rechtsterrorist*innen geführt. Durch eine Entschädigung der Opfer und der Betroffenen der Morde und Taten des NSU hat der Landtag mit den Stimmen der Koalition eine Bringschuld eingelöst und politische Verantwortung übernommen.

Durch unsere Initiative hat der Landtag die Landesregierung beauftragt, eine Stätte der Erinnerung und Mahnung zu errichten, die einer gesamtgesellschaftlichen Aufarbeitung des NSU-Komplexes gerecht werden soll und sich gegen das Vergessen der Opfer wendet.

Überprüfung Todesfälle rechter Gewalt

Der NSU-Komplex hat uns allen vor Augen geführt, dass Gewalt von rechts nicht immer als solche erkannt wird. Das zeigt auch die Kluft zwischen staatlichen Angaben über Todesopfer rechter Gewalt und den Angaben zivilgesellschaftlicher Organisationen und Institutionen. Das haben wir zum Anlass genommen, neun umstrittene Todesfälle in Thüringen von einer unabhängigen und externen Forschungsstelle dahingehend erneut überprüfen zu lassen.

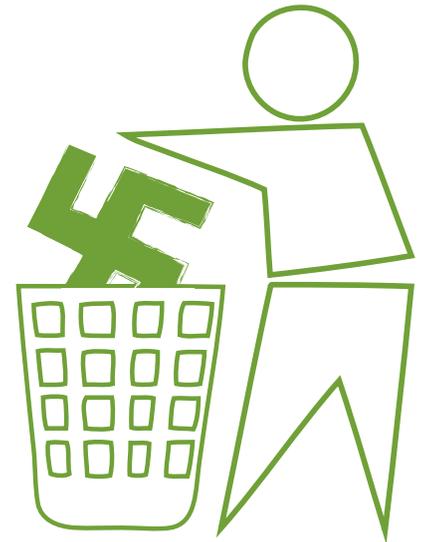


„Der NSU-Komplex braucht eine uneingeschränkte Aufklärung. Das sind wir den Opferangehörigen schuldig.“
Madeleine Henfling, Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss und Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus



Konsequent gegen Rechts

Als bündnisgrüne Landtagsfraktion standen wir auch in dieser Legislatur denen zur Seite, die in Thüringen aktiv gegen Nazis jeglicher Couleur kämpfen. Dabei haben wir uns intensiv mit dem Thema Rechtsrock beschäftigt. Neben der Begleitung verschiedener Rechtsrockkonzerte in Thüringen haben wir unter anderem ein Gutachten zu Fragen des Versammlungsrechts in Bezug auf Rechtsrockkonzerte in Auftrag gegeben. Für uns stellt sich weiterhin die Frage, inwieweit diese Konzerte tatsächlich politische Versammlungen darstellen oder eher den Charakter von Vergnügensveranstaltungen haben und somit nicht vom Versammlungsrecht gedeckt sind.



Das haben wir noch vor:

Uns geht es weiter um die Aufarbeitung des NSU. Noch immer sind nicht alle Fragen geklärt. Aus unserer Sicht braucht es auf Bundesebene eine Bündelung der Ergebnisse aller NSU-Untersuchungsausschüsse der Länder. Auch in Sachen Rechtsrock bleiben wir an der Seite der Zivilgesellschaft.

Der Aufarbeitung verpflichtet

Aufarbeitung ist und bleibt für uns ein fester Bestandteil der demokratischen Kultur von heute und von morgen. Das ist unsere Verantwortung, unser Anspruch, der täglich zu erneuern ist. Wir, aus der Bürgerbewegung kommend, haben uns seit jeher für das Thema der Aufarbeitung in Thüringen eingesetzt. Die Gründung einer „Interministeriellen Arbeitsgruppe zur Unterstützung und Weiterentwicklung der Aufarbeitung der SED-Diktatur in Thüringen“ (IMAG Aufarbeitung) der rot-rot-grünen Landesregierung war ein deutliches Zeichen für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in all ihren Facetten. Umfang und Qualität der jährlichen Berichte der IMAG zeigen deutlich die Entwicklung: Vieles ist geschafft, einiges angeschoben worden, manches bleibt noch zu tun.

„Unsere Akten bleiben hier“

Die Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) sollen dauerhaft gesichert und zugänglich für alle in Thüringen bleiben. Das ist für uns als Bündnisgrüne selbstverständlich. Wir haben uns in dieser Legislatur für den Erhalt der drei Außenstellen des Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen als Servicestellen in Erfurt, Gera und Suhl mit einer engen Verknüpfung zu den historischen Orten und mit den Initiativen vor Ort eingesetzt. Das sind wir auch denen schuldig, die 1989 mit der Besetzung der Stasi-Zentrale die Akten vor der Vernichtung bewahrt haben.

Aufarbeitung im Land und im Bund

Wir haben dafür gesorgt, dass Mittel für die Grenz Museen, Initiativen und Projekte der Aufarbeitung in Thüringen erhöht und verstetigt wurden. Außerdem hat der Landtag beschlossen, die Mittel aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR gezielt für eine Rehabilitation, Wiedergutmachung, Aufklärung sowie Bildung und Forschung verwenden zu wollen. Ebenso soll ein Fonds für soziale Härtefälle gebildet werden. Mehrere Anträge Thüringens im Bundesrat, unter anderem zur Entfristung und Überarbeitung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, wurden dort einstimmig beschlossen. Ziel ist es, die



soziale Lage von ehemaligen politisch Verfolgten zu verbessern, die Verfolgung von Christ*innen in der DDR aufzuarbeiten und bisher nicht berücksichtigte Opfergruppen einzubinden. Dieser Antrag beruht maßgeblich auf unserer Initiative. Nun hängt es am Bund, dass das auch umgesetzt wird.

Bildung und Forschung gestärkt

Mit dem Graduiertenkolleg „Die DDR und die Europäischen Diktaturen nach 1945“ an der Uni Jena hat Thüringen im Frühjahr 2017 eine neue und deutschlandweit einmalige Forschungseinrichtung zur DDR-Geschichte und Aufarbeitung der SED-Diktatur in enger Zusammenarbeit mit der Stiftung Ettersberg etabliert. Über Disziplin- und Landesgrenzen hinweg liegt der Schwerpunkt auf moderner Diktatur und ihren Herrschaftsmechanismen. Über die Schulämter fand zudem eine Evaluation zur Vermittlung der DDR-Geschichte im Unterricht statt. Schüler*innen wissen auch in Thüringen noch zu wenig über unsere Geschichte. Die Auseinandersetzung mit der DDR muss an allen Schularten früher und vor allem fächerübergreifend stattfinden. Geschichtsvermittlung ist für uns immer auch Demokratiebildung.

30 Jahre Friedliche Revolution – Erinnerungsjahr 2019

Bereits 2018 haben wir das Grüne Band, den ehemaligen Todesstreifen, als nationales Naturmonument ausgewiesen. Mit einem umfangreichen Antrag im Landtag wurde ein Konzept für das Erinnerungsjahr 2019 angeschoben, wie an der Friedliche Revolution und der Öffnung der Grenzen im Jahr 1989 in einem größeren Kontext erinnert werden kann. Die Arbeit der Gedenkstätten und Aufarbeitungsinitiativen soll ebenso gestärkt werden wie die Lehrer*innenaus- und -weiterbildung zu diesem Thema. Die Jubiläen von 100 Jahre Bauhaus oder 100 Jahre Weimarer Verfassung erweitern den Blick auf das Erinnerungsjahr 2019.

*Astrid
Rothe-Beinlich,
Sprecherin für Aufarbeitung,
wirkt für Thüringen mit
im Beirat des Bundes-
beauftragten für die
Stasi-Unterlagen*

In diesem
Jahr findet die
GrenzerFAHRung
zum
10. Mal
statt.



*Seit 2018 ist Dr. Peter Wurschi
der neue Landesbeauftragte zur
Aufarbeitung der SED-Diktatur*

Das haben wir noch vor:

Für die rechtliche Beratung im Sinne der Rehabilitierung und für die psychosozialen Betreuung von Betroffenen des SED-Unrechtes ist es dabei unabdingbar, ein nachhaltiges, verlässliches, klar strukturiertes und dadurch deutlich wahrnehmbares Angebot zu schaffen. Dabei sollte die bereits vorhandene Struktur des Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur genutzt und ausgebaut werden.

GRÜN?

Demokratie
*muss täglich neu
gestaltet werden, wenn
wir sie erhalten wollen.*

*Dafür stehen diese
Frauen und Männer.*

Machen wir!



Vorfahrt für Qualität - Für eine gute frühkindliche Bildung!

Gute Bildung

beginnt für uns selbstverständlich bei den Kleinsten. Daher haben wir uns in den vergangenen fünf Jahren intensiv für bestmögliche Rahmenbedingungen in der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung eingesetzt. Unser Fokus lag und liegt dabei insbesondere auf der Verbesserung der Qualität unserer Kinderkrippen und Kindergärten.

Mehr Qualität und Zeit fürs Kind in den Kitas

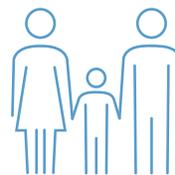
Viel zu lange lag Thüringen in der Personalausstattung in den Krippen und Kindergärten im Bundesvergleich weit hinten. Uns ist es gelungen, die Personalsituation deutlich zu verbessern. So haben wir für die Drei- bis Vierjährigen die Betreuungsschlüssel auf 1:12 verringert und für die Vier- bis Fünfjährigen auf 1:14 gesteigert.

Größere Kitas mit mehr als 100 Kindern erhalten mehr Ressourcen und 100 Modell-Kitas zusätzliche personelle Unterstützung für multiprofessionelle Teams. Damit der Erzieher*innenberuf attraktiv bleibt, erproben wir ab 2020 die praxisintegrierte Ausbildung.

Einstieg in die Kita-Beitrags- freiheit

Mit dem neuen Kitagesetz haben wir 2018 den Einstieg in die Beitragsfreiheit geschafft und das erste beitragsfreie Jahr

eingeführt. 2020 führen wir ein zweites beitragsfreies Kitajahr ein. Die gebührenzahlenden Eltern werden so in den zwei Jahren vor der Einschulung um durchschnittlich 2.900 Euro entlastet. Die Kommunen bekommen ihre Zahlungsausfälle vollständig erstattet.



Familien werden
durchschnittlich um
2.900 Euro
durch die kostenfreien
Kitajahre
entlastet.



Stärkung der Kindertagespflege

Wir haben uns sehr für eine Stärkung der Kindertagespflege als ein besonderes familiennahes Angebot für jüngere Kinder eingesetzt. Tagespflegemütter und -väter werden nun stärker in der Fortbildung berücksichtigt. Die kommunale Investitionspauschale kann nun auch für Maßnahmen der Kindertagespflege genutzt werden. Durch die Umstellung auf eine stundenweise Entlohnung werden Tagespflegemütter und -väter besser entlohnt.



100
Modell-Kitas

erhalten
Unterstützung durch
multiprofessionelle
Teams



Mitbestimmung auch für die Kleinsten!

Im Kitagesetz haben wir die Mitwirkungsrechte von Kindern klar formuliert und verankert, so dass die Kinder Vertrauenspersonen bestimmen können, ebenso wie Beteiligungs- und Beschwerdegelegenheiten vorgesehen werden sollen. Für uns ist wichtig, dass Beteiligung und Partizipation von Anfang an in unseren Bildungseinrichtungen gelebt wird. Sei es in der Kita, in der Schule, in den Hochschulen oder in der Weiterbildung. Demokratie braucht Entscheidungsspielräume.



Wir haben mehr
Stellen geschaffen

für 1.200
Erzieher*innen

in den Thüringer Kitas



Das haben wir noch vor:

Wir setzen uns weiterhin für eine Verbesserung der Qualität unserer Krippen und Kindergärten ein. Wir werden den Kitausbau dort vorantreiben, wo es notwendig ist, die Betreuungsschlüssel konsequent verbessern und die Erzieher*innenausbildung weiter modernisieren, indem wir mit der praxisorientierten Ausbildung beginnen. Die wertvolle Arbeit in unseren Kitas und in der Kindertagespflege soll besser entlohnt werden und auch die Kitagebühren haben wir weiter im Blick. Außerdem haben wir die Ausfallzeiten für Erzieher*innen erhöht und die Leitungen entlastet.



Einsatz für gute Schule

Gute Schule steht auch in Thüringen vor großen Herausforderungen. Der Strukturwandel und Generationenwechsel in den Klassenzimmern, die Neueinstellungen von Lehrkräften und die Schaffung guter Rahmenbedingungen für die freien Schulen sowie ein neues inklusives Schulgesetz waren daher die Schwerpunkte unserer bildungspolitischen Arbeit.

Unsere Maßnahmen für neue und gute Lehrkräfte

Auch Thüringen muss im Wettbewerb der Länder um die gut ausgebildeten Lehrkräfte bestehen. Daher haben wir 2017 die lange Jahre ausgesetzte Verbeamtung der Lehrkräfte wieder eingeführt und die Bezahlung der Lehrkräfte verbessert, so dass beispielsweise Regelschullehrer*innen ab 2020 das gleiche Gehalt wie Gymnasiallehrer*innen erhalten. Die verfehlte CDU-Personalpolitik führte zu immer mehr Unterrichtsausfall und Langzeiterkrankten. Um fehlende Fachlehrer*innen zu ersetzen, haben wir die Voraussetzungen geschaffen, um mehr als 4200 Lehrkräfte in dieser Legislatur einzustellen. Mit dem Thüringenplan „Zukunft Schule“ haben wir ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Fachkräftegewinnung, das nun Schritt für Schritt umgesetzt wird. Wir wollen, dass unsere Schulen trotz vielerorts zurückge-

hender Schüler*innenzahlen dauerhaft bestehen können. Mit dem Schulgesetz haben wir dafür neue Kooperationsmodelle der Schulstandorte auf den Weg gebracht. Schulstandorte können nun in Sprengel-, Filial- und Campusschulen miteinander kooperieren. Die Schule soll schließlich im Dorf bleiben und Schulschließungen vermieden werden. Durch Kooperation und eine flexible Schulorganisation soll der Unterrichtsausfall deutlich verringert werden.

Inklusion braucht Entwicklung

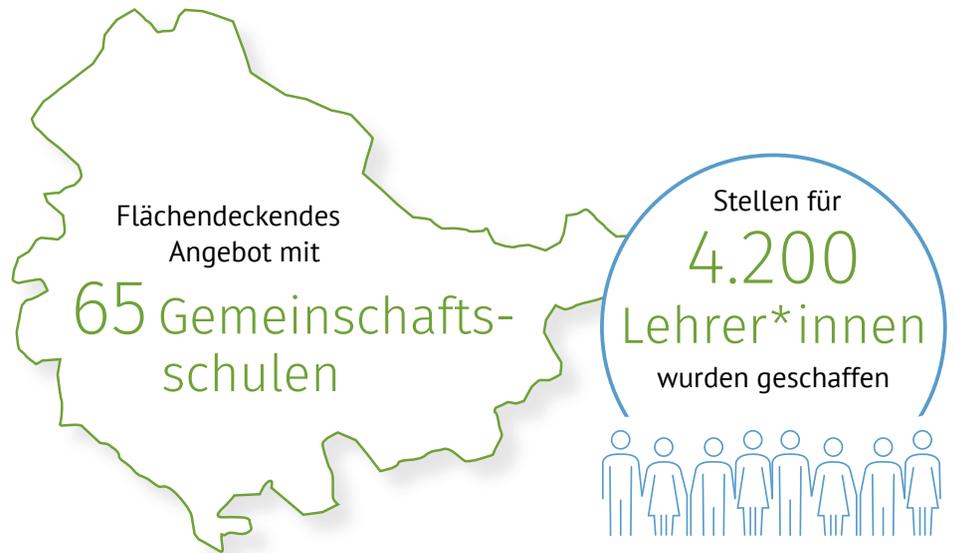
Ein inklusives Schulwesen, in dem alle Schüler*innen mit oder ohne Behinderung gemeinsam lernen und individuell gefördert werden, ist schon lange unser Ziel. Diesem Schritt sind wir mit der Zusammenführung von Schul- und Förderschulgesetz zu einem inklusiven Schulgesetz näher gekommen. Mit dem Schulgesetz haben wir den Elternwillen

gestärkt, für klare Standards in der Diagnostik gesorgt und für Schulen die Möglichkeit eingeräumt, temporäre Lerngruppen einzurichten.

Mehr Ganztag und längeres gemeinsames Lernen

Wir wollen mehr Zeit für die individuelle Förderung und längeres gemeinsames Lernen an unseren Schulen. Wir haben uns deswegen für den Ausbau der Ganztags- und Gemeinschaftsschulen stark gemacht. Die Horte sind nun wieder in Landesträgerschaft und im neuen Schulgesetz haben wir erstmals den Weg zu teil- und vollgebundenen Ganztagschulen definiert. Mittlerweile gibt es 65 Gemeinschaftsschulen (TGS) und damit diese ein wirklich flächendeckendes Angebot werden, haben wir im Schulgesetz klare Regeln für die TGS-Gründung festgelegt. Ab Klasse fünf können TGS dauerhaft bestehen und reform-

pädagogische Ansätze zum Abitur in 13 Schuljahren führen. Entwicklungsperspektiven gibt es auch für Förderschulen, die sich zukünftig zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickeln können.



Gleiche Rahmenbedingungen für freie Schulen

Staatliche und freie Schulen sollen die gleichen Chancen haben, denn Vielfalt ist uns wichtig. Gleich zu Beginn haben wir deshalb die Finanzierung mit Festbeträgen planbarer gemacht, dynamisiert und insgesamt deutlich verbessert. Die Einstellungen von Lehrkräften haben wir vereinfacht.

Nachhaltige und digitale Bildung

Wir Grüne machen uns für eine nachhaltige Entwicklung stark und haben uns gezielt für Bildungsinhalte eingesetzt, die dazu beitragen, dass Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln befähigt werden. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung ist uns deshalb ein besonderes Anliegen. Genauso soll die Schule auf die Herausforderungen von morgen vorbereiten. Schulen sollen sich digital aufstellen. Mit einer Digitalstrategie des Landes haben wir ein Konzept für digitale Bildung und mit dem Haushalt stellen wir die nötigen Investitionsmittel bereit.

Das haben wir noch vor:

Wir machen uns auch zukünftig für leistungsfähige, demokratische und zukunftsfähige Schulen stark. Der Generationenwechsel bei den Lehrkräften wird uns weiterhin beschäftigen, genauso wie wir uns weiter für mehr Qualität in der Schule einsetzen.

Wir wollen den Zugang zu guter Bildung für alle hier lebenden Menschen, mehr Durchlässigkeit und dass alle Schüler*innen die Schule mit einem Schulabschluss verlassen.



„Für gute Schulen gab und gibt es in Thüringen viel zu tun. Der Generationenwechsel, gute Rahmenbedingungen für freie Schulen, Inklusion und Demokratisierung waren daher Schwerpunkte unserer bildungspolitischen Arbeit.“
Astrid Rothe-Beinlich,
bildungspolitische Sprecherin



Ein starker Hochschulstandort



Von der finanziellen Ausstattung bis hin zu ungenügender Mitbestimmung für die Studierenden – 2014 fanden wir eine Hochschullandschaft vor, die nur unzureichend an die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen in der Hochschulpolitik angepasst war. Wir haben Thüringen zu einem starken Wissenschaftsstandort gemacht, mit starken und demokratischen Hochschulen und guten Rahmenbedingungen.

Mehr Geld für kluge Köpfe

Wir haben die Hochschulen in Thüringen mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet. Von der rot-schwarzen Landesregierung wurde in der letzten Rahmenvereinbarung den Hoch-

schulen lediglich eine jährliche Steigerungsrate von einem Prozent zugesprochen. Damit konnten weder Lohnsteigerungen noch weiterführende Investitionen getätigt werden. Im Ergebnis haben die Hochschulen sich selbst verzehrt.

Wir haben dieses System der Selbstausschöpfung beendet und die Hochschulen endlich auf fi-

nanziell sichere Beine gestellt. In der neuen Rahmenvereinbarung erhalten sie eine Steigerung von vier Prozent.

Dazu gehört auch, dass es Hochschulen nun erlaubt ist, ein Globalbudget zu verwalten und nicht getätigte Ausgaben ins Folgejahr zu überweisen. Sie können damit autonomer und nachhaltiger wirtschaften.



Unter R2G
wurde die Berufsakademie
Gera-Eisenach

als duale
Hochschule
anerkannt.

Studien- bedingungen verbessert

Wir wollen Thüringen zu einem starken Hochschulstandort machen. Dabei sind die Studienbedingungen ein ausschlaggebender Faktor bei der Wahl der Hochschule. Die Frage nach bezahlbaren Wohnheimplätzen beispielsweise, nach Unterstützung für Alleinerziehende, Familien, bei der Suche nach Kinderbetreuung sind ausschlaggebend für die Bewertung des Studienstandortes. Das Studierendenwerk ist eine wichtige Institution, um Studierende zu unterstützen. Auch das Studierendenwerk sah sich mit steigenden Kosten konfrontiert. Das alte Hochschulgesetz schrieb allerdings eine Höchstsumme der Landesunterstützung vor. Damit war es nicht möglich, dem Studierendenwerk die Unterstützung zukommen zu lassen, die es benötigte. Durch unsere Gesetzesänderung und ein neues Finanzierungsmodell ist dies nun möglich geworden und wir konnten die Studienbedingungen nachhaltig verbessern.

Mehr Vielfalt und Mitbestimmung an Thüringer Hochschulen

Geschichte geschrieben haben wir in dieser Legislaturperiode definitiv mit der Modernisierung des Hochschulgesetzes. Wir haben die Chance ergriffen und das Ergebnis kann sich sehen lassen: von der Stärkung der Governance-Strukturen, wie den Befugnissen des Senats, der stärkeren Einbeziehung der Beteiligten durch paritätische Gremien und Studiengangskommissionen, über Grundsätze guter Arbeit, die Besserstellung der Lehrbeauftragten bis zur geforderten Ausweitung von Gleichstellungs- und Diversitätsfragen – wir haben das Hochschulgesetz auf breiter Ebene zukunftsfähig und nachhaltig gemacht.

Das haben wir noch vor:

Die Förderung der Studierendenwerke steht weiterhin ganz oben auf unserer Agenda für die Hochschulpolitik. Derzeit leisten die Studierendenwerke oftmals mehr, als sie aufgrund der Leistungskataloge müssten. Hier gilt es für uns, weiter daran zu arbeiten. Wir wollen Förderungen auf den Weg bringen, um die Unterstützung für die Studierenden langfristig auf solide Grundlagen zu stellen. Davon würden letztlich die Hochschulen und Thüringen als Hochschulstandort gleichermaßen profitieren.



Jährlich
4 Prozent
mehr Geld für die
Thüringer
Hochschulen



Eigenständige Jugendpolitik

für Thüringen

Kinder und Jugendliche haben das Recht auf eine gute Zukunft! Ziel unserer Kinder- und Jugendpolitik ist es, den berechtigten Interessen junger Menschen eine starke Stimme zu geben. Wir unterstützen die Jugendförderung vor Ort und schaffen die Rahmenbedingung für mehr Mitbestimmung und Mitspracherechte. Um auf Kinderrechte verstärkt aufmerksam zu machen, haben wir außerdem den Weltkindertag am 20. September zum gesetzlichen Feiertag in Thüringen gemacht.

Ausbau der Mitbestimmung junger Menschen

Mehr Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte junger Menschen sind zentrale Elemente unserer Jugendpolitik. Junge Menschen werden zukünftig früher beteiligt, beispielsweise haben wir das Wahlalter bei Kommunalwahlen

auf 16 Jahre abgesenkt. Auch in die Arbeit der örtlichen Jugendhilfeausschüsse werden sie ab sofort stärker einbezogen. Über die Stadt- und Kreisjugendringe, über die Schüler*innenvertretungen und über die bestehenden Jugendmitbestimmungsgremien sollen Jugendliche dorthin entsandt werden. Auch die Gemeinden sollen die Interessen von Kindern und Jugendlichen bei Planungen und Vorhaben zukünftig in angemessener Weise berücksichtigen.

Absicherung schulbezogener Sozialarbeit

Die Schulsozialarbeit konnten wir ebenfalls gesetzlich absichern und so für die etwa 270 Schulsozialarbeiter*innen Planungssicherheit schaffen. Die Kommunen und freien Träger*innen können zukünftig unbefristete Arbeitsverträge im Bereich der Schulsozialarbeit abschließen. Mit dem Landeshaushalt 2020 werden wir die Mittel für die Schulsozialarbeit nahezu verdoppeln.

Reform des Jugendhilfeausschusses

Das neue Kinder- und Jugendhilfeausführungsgesetz gibt dem Landesjugendhilfeausschuss zukünftig einen höheren Stellenwert. Alle Fraktionen des Landtags sollen dem Landesjugendhilfeausschuss angehören und auch die Anzahl der Mitglieder wird erhöht. Die Lebenslagen junger Menschen spielen zukünftig eine stärkere Rolle, da in jeder Legislaturperiode ein Bericht über die Lebenslagen junger Menschen erstellt werden soll. Damit soll es noch besser gelingen, Politik auf die Interessen und Bedarfe von Jugendlichen auszurichten.

Für Schulsozialarbeit stellen wir aktuell mehr als **11,3 Mio. Euro** zur Verfügung.

Die örtliche Jugendförderung haben wir **von 11 Mio. Euro** im Jahr 2014 auf mittlerweile mehr als **15 Mio. Euro** im Jahr 2018 angehoben.

Der Landesjugendhilfeausschuss wurde **von 20 auf 25 Mitglieder** aufgestockt.

Stärkung örtliche Jugendförderung

Ein wichtiger jugendpolitischer Baustein ist die Unterstützung des Landes für die örtliche Jugendförderung. Wir haben die Mittel gesetzlich abgesichert und erfreulicherweise deutlich steigern können. Dadurch haben wir die Bedingungen für die Umsetzung der örtlichen Jugendförderpläne, der kommunalen Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit und des Kinder- und Jugendschutzes spürbar verbessert.



Das haben wir noch vor:

Auch wenn die CDU eine verfassungsmäßige Verankerung der Kinderrechte ablehnt, werden wir uns weiter dafür einsetzen. Kinder- und Jugendliche ab 16 Jahren sollen zudem bei Landtagswahlen wählen können und auch die Rahmenbedingungen für den Kinder- und Jugendschutz wollen wir stärken. Die Jugendförderung und die Rahmenbedingungen für die Schulsozialarbeit bleiben uns wichtiges Anliegen.

Für eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik

Für uns sind die Grund- und Menschenrechte jedes und jeder Einzelnen die Grundlage unserer Flüchtlingspolitik. Allen, egal ob sie als Asylsuchende, Bürgerkriegsflüchtlinge oder aus anderen Gründen nach Thüringen geflüchtet sind, sind wir mit Respekt und Würde begegnet und werden dies auch weiterhin tun.

Erlass eines Winterabschiebestopps

Harte Winter und lange Frostperioden verschärfen in vielen Herkunftsländern die ohnehin schon schwierige Situation von abgeschobenen Menschen. Daher haben wir 2014 als eine unserer ersten asylpolitischen Maßnahmen für Schutzsuchende aus den Balkan-Staaten die Abschiebungen in den Wintermonaten ausgesetzt. Diese Abschiebungen in die Kälte sind mit Respekt und Würde unvereinbar.

In den darauffolgenden Jahren hat die Landesregierung eine intensive Einzelfallprüfung vorgenommen und die Abschiebungen von besonders schutzbedürftigen Personen ganz ausgesetzt.

Bewältigung der gestiegenen Asylzugangszahlen

Die Jahre 2015 und 2016 waren vor allem von der Sicherstellung der Unterbringung und Versorgung der vielen schutzsuchenden Menschen geprägt. Wir haben dafür gesorgt, dass trotz stark gesteigener Zahlen keine Geflüchteten obdachlos, in Zelten oder zu Tausenden in Turnhallen übernachten mussten. Stattdessen haben wir die Versorgungsstrukturen und Unterbringungskapazitäten in der Erstaufnahme und der Anschlussunterbringung gemeinsam mit den Kommunen schnell aufgebaut.

Die dezentrale Unterbringung haben wir durch eine Investitionspauschale gefördert. Derzeit sind etwa 50 Prozent der Geflüchteten in dezentralem Wohnraum untergebracht. Dies verbessert nicht

nur die Privatsphäre, sondern fördert auch das selbstbestimmte Leben und trägt zur Teilhabe und Integration bei.

Auch die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Ausländer*innen (UMA) hatte sich von 53 UMA im Jahr 2013 auf ca. 1400 im Jahr 2017 erhöht. Dadurch gab es eine völlig neue Situation im Land, die flächendeckend die örtliche Jugendhilfe und das Land forderten. Daher haben wir eine adäquate Jugendhilfestruktur für UMA in Thüringen aufgebaut. Zwischenzeitlich ist die Situation aufgrund zurückgehender UMA-Zahlen deutlich entspannt. Für zugewanderte Jugendliche haben wir die Schulpflicht auf 18 Jahre verlängert und so den Zugang zu schulischer Bildung verbessert.

Verbesserung Betreuung und Beratung der Geflüchteten

Die Sozialbetreuung in den Kommunen und die Asylverfahrensberatung haben wir deutlich ausgebaut. Damit werden wir den Bedarfen besser gerecht und sichern die Rechte der Geflüchte-



ten im Rahmen ihrer Asylverfahren besser ab. Die so wichtige ehrenamtliche Arbeit von Initiativen und Vereinen haben wir durch eine professionelle Ehrenamtskoordination und deutlich mehr Mittel für Integrationsarbeit unterstützt. Thüringen fördert Projekte zum Einsatz qualifizierter Sprach- und Dolmetsch-Dienstleistungen, investiert in die Ausbildung von Personen, die Deutsch als Zweitsprache sprechen, zu Integrations- und Sprachmittler*innen und hat einen landesweiten Dolmetscher-Vermittlungsservice aufgebaut. Außerdem erhalten Geflüchtete seit 2017 die elektronische Gesundheitskarte, die ihnen eine freie Arztwahl und verbesserte medizinische Versorgung ermöglicht.

Das haben wir noch vor:

Unsere Flüchtlings- und Integrationspolitik bemisst sich auch zukünftig vor allem an humanitären und menschenrechtsorientierten Grundsätzen. Unser Ziel ist die Schaffung gesellschaftlicher Teilhabe für alle hier lebenden Menschen unabhängig von ihrer Bleibeperspektive. Für das Recht auf Bildung, für mehr Selbstbestimmung, für mehr dezentralen Wohnraum, den barrierefreien Zugang zu Arbeit und die Gewährleistung einer umfassenden medizinischen Versorgung gibt es noch viel zu tun.

Ressort- übergreifendes Integrations- konzept

Mit dem Thüringer Integrationskonzept haben wir einen ressortübergreifenden, modernen und vor allem wegweisenden Maßnahmenplan für Integrationsarbeit in Thüringen entwickelt. Darin werden konkrete Maßnahmen beschrieben: So schaffen wir die Grundlagen für eine menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten und haben unsere Kitas, Schulen und die Einrichtungen der Erwachsenenbildung durch zusätzliche Ressourcen für Sprachförderung und individuelle Förderung unterstützt. Auf dem Arbeitsmarkt fassen zugewanderte Menschen mehr und mehr Fuß. Auch in der Wirtschaft und auf dem Wohnungsmarkt greifen die Maßnahmen.



„Grundlage unserer Migrations- und Flüchtlingspolitik sind die universell geltenden Menschenrechte. Daher setzen wir uns für die umfassende gesellschaftliche Teilhabe aller hier lebenden Menschen ein. Uns ist egal, woher die Menschen kommen. Wir wollen allen eine gute Zukunft in Sicherheit ermöglichen.“

*Astrid Rothe-Beinlich,
Sprecherin für Flüchtlingspolitik*



Liebe Thüringerinnen und Thüringer!

Diese Legislatur war geprägt von vielen spannenden Begegnungen und Herausforderungen. Wir haben vieles in Thüringen angepackt und können stolz auf das bis jetzt Erreichte sein.

Der Migrationsbereich war zunächst von der Unterbringung der Geflüchteten in Thüringen geprägt. Viele Städte und Gemeinden, viele Helfende haben dazu beigetragen, dass wir Menschen, die nach Thüringen kamen, eine gute Unterbringung anbieten konnten. Am Anfang bestand eine teilweise unübersichtliche Lage, die wir von Tag zu Tag unter Kontrolle brachten. Wir können stolz darauf sein, dass wir keine Zeitstädte in Thüringen hatten.

Ich bin den Menschen in Thüringen dankbar für ihre große Hilfsbereitschaft. Nun liegt der Schwerpunkt auf der Integration dieser hierher geflohenen Menschen. Mit dem Integrationskonzept haben wir einen Kompass, der konkrete Maßnahmen benennt. Dabei bleibt Sprache der wichtigste Baustein für gelungene Integration.

Der Justizbereich hat, wie die gesamte Gesellschaft, mit der Überalterung zu kämpfen. Es bestand mein erklärtes Ziel, junge Jurist*innen in die Thüringer Justiz zu bringen. Heute, über 130 Einstellungen später, haben wir viel geschafft. Damit nicht genug, macht die Digitalisierung vor den Gerichten nicht halt.

Die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs haben wir gemeistert und die Einführung der elektronischen Akte steht vor uns.

Der Zug der Digitalisierung ist in voller Fahrt. Wir bestimmen den Zeitpunkt, wann er den Bahnhof erreicht. Auch der Vollzug wurde moderner. Mit einem Sicherheitspaket, einer Standortzusammenführung und der daraus resultierenden Betreuungsverbesserung sowie Entwicklungsperspektiven konnten wir etwas für den Vollzug erreichen. Unser Fokus muss weiterhin auf dem behandlerischen Vollzug liegen.

Zu Guter Letzt haben wir im Verbraucherschutzbereich gutes Essen an die Schulen und Kindertagesstätten gebracht. Die Verbraucherzentralen in Thüringen sind so gut ausgestattet wie nie zuvor, um einen noch besseren Verbraucherschutz in die Fläche bringen.

Vieles wurde erreicht, vieles liegt noch vor uns. Ich danke allen, die das bisher Erreichte möglich gemacht haben.





Dieter Lauinger

Thüringens Minister
für Migration,
Justiz und Verbraucherschutz



„Da ich selbst aus dem ländlichen Raum stamme und nach wie vor dort lebe, weiß ich nur zu gut, wie wichtig eine ausreichende medizinische Versorgung vor Ort sowie Möglichkeiten der Teilhabe sind. Um das zu gewährleisten, braucht es zukunfts- und tragfähige Konzepte und volles Engagement.“

*Babett Pfefferlein,
gesundheitspolitische
Sprecherin*

Gesund und gut versorgt

Das Thema Gesundheit ist wohl eines der komplexesten Themengebiete, das uns in den nächsten Jahren beschäftigen wird.

Einerseits werden die Menschen zukünftig älter als noch die Generationen vor uns, andererseits schrumpft die Bevölkerungszahl in Thüringen weiter, weil weniger Kinder geboren werden und Menschen abwandern. Und so ist es eine vorrangige Aufgabe der Landespolitik, hier möglichst ganzheitlich zu agieren.

Mehr Qualität in der Versorgung

Deshalb haben wir eine Menge Maßnahmen auf den Weg gebracht, um in Thüringen die Grundlagen für stabile und qualitativ hochwertige Strukturen der medizinischen Versor-

gung und Gesundheitsfürsorge zu verankern. Als Meilensteine sind hier die Entwicklung sektorenübergreifender Versorgungsstrukturen zu nennen, das Ringen um Strukturqualitätspa-

rameter und Qualitätskriterien für die Krankenhäuser. Außerdem wurde die Krankenhausförderung nach dem Krankenhausplan in Thüringen fortgeführt und weiter angepasst.

Gut versorgt in Stadt und Land

Die Fortschreibung und Weiterentwicklung des Thüringer Pflegepaktes sehen wir als unerlässlich für künftige Planungsprozesse in den Regionen an. Ebenso ist die Entwicklung einer zukunftsfesten Pflege-Infra-

struktur in Thüringen von großer Bedeutung. Auch der Auf- und Ausbau von Medizinischen Versorgungszentren oder das Konzept Intersektoraler Gesundheitszentren anstelle defizitärer kleiner Krankenhäuser ist zu bedenken:

Damit ließe sich künftig die medizinische Versorgung auf dem Land sichern. Und gerade den ländlichen Raum dürfen wir bei der Versorgung mit Leistungen in unserem Flächenland Thüringen nicht aus dem Blick verlieren.

Einen gesunden Lebensstil ermöglichen

Eine andere, aber ebenso bedeutsame Aufgabe im Gesundheitsbereich ist die (Weiter-)Entwicklung eines Zukunftskonzeptes zur Suchtprävention für besondere Zielgruppen und einer verbesserten medizinischen Versorgung von Familien mit Suchtproblematiken. Hier stehen wir noch am Anfang, haben aber mit verschiedenen Akteur*innen in Thüringen bereits eine gute Vernetzung erreicht. Wir haben uns dafür eingesetzt, den Ausbau der Strukturen zur Suchtprävention und die Entwicklung von Programmen für Familien und schwangere Mütter weiter voranzutreiben.

Gesundheit fängt bei den Kleinsten an

Für die gesunde Entwicklung unserer Kinder ist gutes Kita- und Schulesse wichtig. Deshalb sind wir stolz, dass wir wirksame Programme zur Förderung von Mahlzeiten in der Kita und Programme zur Subventionierung guten Schulesse entwickeln konnten. Darüber hinaus haben wir die Förderung für Verbraucherschutzzentralen und Verbraucherinsolvenzberatungsstellen aufgestockt.

Das haben wir noch vor:

Erste Schritte wurden in dieser Legislatur bereits getan, aber es gibt noch viel zu tun, um die gesundheitliche Versorgung in Thüringen sicherzustellen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass in unserer älter werdenden Gesellschaft ein Bewusstsein für einen gesunden Lebensstil mit guter Ernährung fest verankert bleibt.

Wir werden die amtliche Arznei-, Lebensmittel- und Veterinärüberwachung im Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz stärken und so die Kontrollen über Verstöße sicherstellen. Wir ergreifen weitere Maßnahmen zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in allen Sektoren und in Stadt und Land durch neue und innovative Konzepte. Und wir werden den Aufbau einer Stabstelle „Gute Ernährung für Thüringen“ zur Koordinierung von Maßnahmen für eine qualitativ gute Ernährung und zum bewussten Verbrauch von Lebensmitteln intensiv verfolgen.



Teilhabe für alle Menschen

Für uns ist es ein Kernanliegen, bestmögliche Teilhabe für alle Menschen zu erreichen. Dabei spielen Mitbestimmung, der Abbau von Barrieren, Gleichstellung, Chancengleichheit und die Beseitigung von Nachteilen eine wichtige Rolle.

Nachteile ausgleichen

So sind wir als Bündnisgrüne stolz darauf, dass wir erstmals ein Sinnesbehindertengesetz in Thüringen eingeführt und damit die Anpassung des Landesblindengeldes auf das Bundesniveau erreicht haben. Außerdem haben wir einen Nachteilsausgleich für Taubblinde sowie ein Gehörlosengeld darin festgeschrieben. Damit haben wir zu einer wesentlichen Verbesserung

der Situation von Menschen mit Sinnesbehinderungen in Thüringen beigetragen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Kommunen bei Maßnahmen zur Armutsprävention, insbesondere für Konzepte zur Bekämpfung von Frauenarmut, Unterstützung durch die zuständigen Ministerien bekommen.

Familien fördern

Die Reformierung der Familienförderung und damit die konsequente Weiterentwicklung des Gesamtkonzeptes „Familienfreundliches Thüringen“ ist auf einen guten Weg gebracht: mit dem „Landesprogramm für Solidarisches Zusammenleben“ gibt es in Thüringen nun ein sinnvolles Förderprogramm,

das einen bedarfsorientierten familienunterstützenden Angebotskatalog vorhält. Die Landkreise und kreisfreien Städte entscheiden auf der Grundlage

von integrierter Sozialplanung selbst, in welchem Umfang sie vor Ort welche Angebote fördern. Außerdem haben wir die notwendige Sicherung des Hebammenwesens und der Versorgung mit Hebammenleistungen für Frauen und Familien mit der Einrichtung eines Runden Tisches für Geburt und Familie gestärkt. Dadurch



Senior*innen- mitbestimmung

Viele Senior*innen in Thüringen sind aktiv und engagiert und ein unverzichtbarer Wert für die Gesellschaft. Das auf den Weg gebrachte Thüringer Seniorenmitwirkungsgesetz steht für mehr Teilhabe älterer Bürger*innen. Mittel aus dem Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Generationen geben den Landkreisen und kreisfreien Städten Gestaltungsspielräume. Damit ist zu hoffen – und das werden wir einfordern –, dass der Bedeutung und dem maßgeblichen Einfluss von Seniorenbeiräten auf die Entwicklung und Planung einer altersverträglichen Infrastruktur der in Kommunen Rechnung getragen wird.

Mehr Akzeptanz und Vielfalt

Für uns ist klar, dass Diskriminierung keinesfalls und von niemandem geduldet werden muss. Hier ist gesamtgesellschaftlich noch einiges zu tun, um Vorurteile und damit einhergehende soziale Benachteiligung und Ausgrenzung abzubauen. Mit dem Landesprogramm Akzeptanz & Vielfalt ist daher ein wichtiger Schritt zu mehr Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Thüringen getan. Die zivilgesellschaftliche Koordinierungsstelle in Weimar unterstützt und koordiniert nun bestehende Aufklärungs-, Beratungs- und Bildungsangebote. Sie ist eine wichtige Anlaufstelle für von Diskriminierung Betroffene sowie ein Ort der Vernetzung.

sind wir in engem Austausch mit den Hebammen sowie den Vertreter*innen von Familienverbänden. Die Gelder für einen verstärkten Ausbau der Aus- und Weiterbildung von Hebammen haben wir ebenso bereitgestellt wie finanzielle Mittel für Maßnahmen zum Erhalt der Wahlfreiheit der Eltern über die Art der Entbindung.

Das haben wir noch vor:

Auch für echte Gleichstellung sowie die Schaffung von Teilhabe für alle Menschen gibt es noch einiges zu tun. So machen wir uns weiter stark für die Umsetzung und Entwicklung von Maßnahmenplänen zum „Thüringer Gesetz zur Gleichstellung und Inklusion von Menschen mit Behinderungen“. Das wollen wir gemeinsam und in enger Zusammenarbeit mit dem Außerparlamentarischen Bündnis und der LIGA für Menschen mit Behinderungen in Thüringen erreichen. Wir brauchen außerdem endlich eine institutionelle Förderung der Geburtshäuser in Thüringen, um die Versorgung mit Geburtshilfe sowie mit Beratungsangeboten sicherzustellen. Wir werden die vertrauliche Spurensicherung nach sexueller und sexualisierter Gewalt, die eine selbstbestimmte Entscheidung sowie Zeit und Raum für die Bewältigung der schwierigen Situation und des Traumas zulässt, einführen. Des Weiteren wollen wir eine Vereinheitlichung des Landesbeauftragtenwesens des Freistaates, um beispielsweise die Frauenbeauftragte und den Beauftragten für Menschen mit Behinderung in ihrer Unabhängigkeit zu stärken.



Tiere

als Mitgeschöpfe betrachten

Eines ist uns in der vergangenen Legislatur besonders bewusst geworden: Tiere haben politisch kaum eine Lobby. Zum Glück gibt es viele Menschen, die sich um das Wohl unserer Mitgeschöpfe kümmern und dafür eintreten, dass sie auch als solche wahrgenommen werden. Unser größter Respekt und ehrlicher Dank gilt allen ehrenamtlich engagierten Tierschützer*innen, die jeden Tag dafür kämpfen, den Tieren eine Stimme zu geben. In Thüringen gibt es jetzt einen Preis für Alternativen zu Tierversuchen und eine Task Force beim Landesamt für Verbraucherschutz, um schneller bei Tierschutzverstößen eingreifen zu können.



„Wir brauchen strengere gesetzliche Regeln für eine bessere Tierhaltung und damit auch für tiergerecht und verantwortungsvoll produzierte Lebensmittel.“

Babett Pfefferlein, Sprecherin für Tierschutz

Mehr Geld für Tierheime

In dieser Legislatur haben wir uns für zahlreiche Belange des Tierschutzes stark gemacht: Eines der wohl sichtbarsten Ergebnisse unserer Bemühungen ist die eine Million

Euro, die für Investitionen in kommunale und freie Tierheime aus dem Doppelhaushalt 2018/2019 beantragt werden konnte. Damit können die Thüringer Tierheime

die Ausstattung verbessern, Quarantäne- und Krankenstationen und angemessene Räumlichkeiten für die Unterbringung vermittelbarer Tiere herrichten.

Tierärztliche Versorgung sicherstellen – für Tierarztpraxen kämpfen

Mit der Katzenkastrationsverordnung bieten wir den Landkreisen und kreisfreien Städten eine Kostenerstattung für die Kastration freilaufender Katzen an. Bislang wird diese Verordnung in erschreckend wenigen Gebieten angewandt. Deshalb werben wir weiterhin dafür, dieses Angebot auch anzunehmen. Schon heute ist absehbar, dass es ein extremes Tierarztpra-

Tierwohlstrategie präzisieren

Die Koalitionspartner haben eine Tierwohlstrategie erarbeitet. Allein das ist ein großer Schritt hin zu mehr Tierwohl in Thüringen. Allerdings fehlt es in allen Bereichen für die Tierhaltung an konkreten Forderungen und ein Maßnahmen-Ziel ist gar nicht fokussiert. Die tierschutzpolitischen Sprecher*innen sollten bei weiteren Gesprächen zur Strategie mit an den Tisch geladen werden!



xissterben in Thüringen geben wird. Intensive Gespräche mit Vertreter*innen der Landestierärztekammer haben bestätigt, dass der Zustand alarmierend ist. Das Problem, das lange ignoriert wurde, haben wir nun auf die Agenda gebracht. Das Land ist gefragt – und wir gehen hier gern voran. Wir streiten für eine Rekrutierungskampagne, die für junge Veterinärmediziner*innen attraktive Bedingungen und finanzielle Sicherheit in Thüringen verspricht und diese auch hält. Schon heute aber ist die Notfallversorgung der Tiere nicht mehr überall gewährleistet. Es gibt also dringenden

Handlungsbedarf. Ein erster Schritt ist es, die Abdeckung der Notdienstzeiten vor allem außerhalb unserer größeren Städte besser zu koordinieren. Bei der Einführung der dazu notwendigen Maßnahmen unterstützen wir die Thüringer Tierärztekammer.

1 Mio.
Euro

haben die Thüringer Tierheime durch unseren Doppelhaushalt 2018/19 bekommen.

Das haben wir noch vor:

Die finanzielle Unterstützung der Tierheime muss im Landeshaushalt angemessen verstetigt sein, um für Sanierung und Baumaßnahmen der Anlagen sowie projektbezogene Zuschüsse zur Verfügung zu stehen.



Wir machen uns stark für die Einrichtung einer Stabsstelle „Landesbeauftragte*r für Tierschutz“ als Anlaufstelle für Tierschutzverbände und -vereine, für Organisationen und Einrichtungen des Tierschutzes und der Tierhaltung.

Das Thüringer Jagdgesetz muss deutlich mehr Vorschriften für Jäger*innen zur Verbesserung des Tierschutzes unter der Jagd enthalten, damit dem verantwortungsvollen Umgang mit Tieren und der Natur auch aus ökologischer und ethischer Sicht Rechnung getragen wird.

Keine Förderung und bessere Kontrolle der Massentierhaltung

Thüringen fördert seit 2017 keinen Bau von Ställen mehr, die mehr Tiere fassen als das Bundesmissionsschutzgesetz für umweltkritisch hält. Stattdessen fördern wir kleine und mittlere Ställe sowie den Umbau von allen Ställen hin zu mehr Tierschutz und einer artgerechteren Haltung. Zudem haben wir die Kontrollen erfolgreich verstärkt, um Tierquäl*innen das Handwerk zu legen.

Förderung der Biobetriebe

Wir haben die Förderung des Biolandbaus gestärkt und unterstützen jetzt verstärkt die Kooperation zwischen Biobetrieben und die Vermarktung von Bioprodukten. Dadurch konnten wir eine Trendwende erreichen: In Thüringen steigen die Anzahl der Biobetriebe und der Anteil der Fläche mit ökologischer Landwirtschaft wieder.

*„Für uns ist klar, dass es mit der derzeitigen Agrarindustrie nicht weitergehen kann. Wir wollen stattdessen die ökologische, giftfreie und regional verwurzelte Landwirtschaft stärken, setzen uns für bessere Tierhaltung ein, für die Rechte der Bäuer*innen weltweit sowie für fairen Handel.“*

Olaf Müller, Sprecher für Landwirtschaft

Reduktion des Pestizideinsatzes

Wir haben erreicht, dass der Einsatz von Giften auf den Feldern in Thüringen eingeschränkt wurde. Um die Landwirtschaft dabei zu unterstützen, haben wir Forschungsprojekte angestoßen, die eine giftfreie Bodenbearbeitung zum Ziel haben.



Das haben wir noch vor:

Wir wollen den Klima- und Artenschutz in der Landwirtschaft deutlich zielgerichteter fördern.



Wir wollen die Weidetierhaltung für Milchkühe und die Strohhaltung für Schweine mit einer Prämie fördern.

Gemeinsam mit den Landwirt*innen wollen wir einen Weg aufzeigen, wie wir weg vom Gifteinsatz und hin zu einem ökologischen Gleichgewicht ohne die chemische Keule kommen können. Der Dialog mit allen Beteiligten ist uns dabei sehr wichtig. Das betäubungslose Kastrieren von männlichen Ferkeln wollen wir so schnell wie möglich beenden. Wir wollen den Ausverkauf der landwirtschaftlichen Fläche durch fachfremde Investoren verhindern. Dazu brauchen wir im ersten Schritt eine gute Informationsgrundlage, die wir gesetzlich regeln wollen.





Babett Pfefferlein:

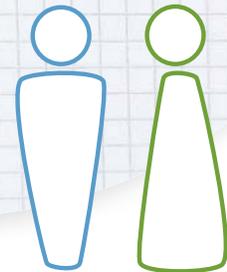
Seit 2015 haben wir uns dafür eingesetzt, dass Wald im Bereich Hainleite-Possen dauerhaft aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommen wird. Unendlich viele Gespräche, Termine, Aktionen und Verhandlungen später haben wir Ende 2018 das Ziel erreicht: Der Naturwald am Possen hat jetzt mit 1.000 Hektar Waldwildnis und 500 Hektar Kulturwald Flächen, auf denen sich die Dynamik natürlicher Waldentwicklung ungehindert entfalten kann. Besonders freut mich das als Sondershäuserin. Denn auf den stillgelegten Flächen finden jetzt Tiere und Pflanzen ungestört Lebensräume. So schützen wir langfristig die Artenvielfalt. Und nebenbei ist so ein neuer Erholungsraum entstanden, in dem die Natur erlebbar ist. Das begeistert mich, das begeistert Menschen aus dem Kyffhäuserkreis und hoffentlich bald zahlreiche Besucher*innen.



Momente einer Legislatur

Astrid Rothe-Beinlich:

Neun Jahre haben wir um Mehrheiten dafür geworben, die Geschäftsordnung des Landtags in geschlechtergerechter Sprache zu fassen. Ende 2018 war es endlich so weit. Warum aber taten sich viele damit so schwer? Sprache bildet nun einmal gesellschaftliche Strukturen ab – ist aber bekanntlich auch stetig in Veränderung. Und Sprache schafft Bewusstsein. Mit der Änderung haben wir ein deutliches Zeichen gegen den Anspruch von Männern und Männlichkeit gesetzt, das Allgemeine zu repräsentieren und Frauen den Status des Partikularen zuzuweisen. Frauen mögen zwar oftmals mitgemeint gewesen sein, konnten aber immer wieder auch ausgeschlossen werden. Daher bin ich sehr froh, dass die Geschäftsgrundlage des Landtags in dieser Hinsicht sensibler geworden ist und Gleichberechtigung nun auch sprachlich im Landtag Einzug hält.



Dirk Adams:

Vor 100 Jahren, am 6. Februar 1919, trat in Weimar die Nationalversammlung erstmals zusammen. Erstmals hatten damals auch Frauen dieses Parlament gewählt und erstmals waren sie darin vertreten. Diese Nationalversammlung beriet und beschloss später die erste moderne Reichsverfassung. Zahlreiche Abschnitte davon sind nach wie vor in unserem Grundgesetz vorhanden. Der Festakt am 6. Februar 2019 war für mich ein besonderer Augenblick. Die Bilder aus der Zeit zu sehen, vor Ort in Weimar, an einem der Geburtsorte unserer heutigen Demokratie – das hat mich tief bewegt. Sicher lag es auch daran, dass ich vor 30 Jahren in unserer friedlichen Revolution für Freiheit und Demokratie stritt und bis heute weiter streite.





Madeleine Henfling:

Vieles aus dieser Legislatur wird mir in Erinnerung bleiben. Besonders aber das so genannte Babygate. Noch immer werde ich häufig darauf angesprochen. Dabei wollte ich lediglich meine Rechte und Pflichten als Abgeordnete wahrnehmen und an den Abstimmungen im Landtag teilnehmen.

Ich ging davon aus, dass es für einen Landtag im Jahre 2018 kein Problem sein sollte, wenn man dafür seinen sechs Wochen alten Sohn mit in den Plenarsaal bringt und anschließend nach der Abstimmung den Saal wieder verlässt. Doch ich habe mich getäuscht. Der damalige Landtagspräsident sah das anders und so wurde ich mit meinem Sohn des Saales verwiesen.

In den nächsten Tagen erhielt ich viel Zuspruch und positive Reaktionen über Parteigrenzen hinweg und ich hoffe, dass dieses Ereignis dazu beiträgt, dass mehr Frauen mit Kindern in die Politik gehen. Jetzt erst recht.



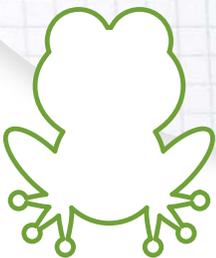
Olaf Müller:

Als ich im Frühjahr 2018 einige der Natura-2000-Stationen in Thüringen besuchte, bekam ich einen guten Einblick in die Arbeit der Mitarbeiter*innen, die sich um den Erhalt seltener Tier- und

Pflanzenarten kümmern. Dieses Engagement ist nicht hoch genug zu schätzen. Umso mehr freute ich mich, als ich bei einem Besuch hautnah miterleben konnte, wie die Arbeit Früchte trägt.

Die Natura-2000-Station Unstrut-Hainich/Eichsfeld und ihre Mitarbeiter*innen haben sich dem Schutz und der Ansiedelung der Gelbbauchunke verschrieben. Nur selten bekommt man diese kleinen Tierchen mittlerweile zu Gesicht, selbst an der Station. Doch plötzlich schlug mein Biologenherz höher: Tatsächlich schwamm eine Gelbbauchunke direkt vor uns durch den trüben Tümpel. Ein eigentlich unspektakulärer Anblick, mag man denken. Aber er zeigt, dass sich Engagement und Einsatz für Natur- und Artenschutz auszahlen. Dieser Moment ist auch bezeichnend für unsere Arbeit als Grüne und

er macht Mut. Deshalb denke ich besonders gerne daran zurück.



Roberto Kobelt:



Dieselskandal, mangelnde Parkplätze in den Innenstädten, Feinstaubbelastung – viele Menschen engagieren sich seit Jahren dafür, endlich eine Verkehrswende einzuleiten. Die Critical-Mass-Bewegung organisiert in vielen Städten, aber auch im ländlichen Raum, gemeinsame Rundfahrten, um ein Zeichen für mehr Radverkehr zu setzen. Ich durfte an vielen Aktionen teilnehmen: Erfurt, Weimar, Gera, Schwansee im Landkreis Sömmerda. Überall traf ich engagierte Leute. Gute Laune war unser steter Begleiter, trotz des ernsten Themas. Alle einte der Spaß am Radfahren, aber zu keinem Zeitpunkt kamen die Forderungen nach mehr Radwegen, nach einem Stadtverkehr, der nicht nur auf Autos ausgelegt ist, und nach einer echten Verkehrswende zu kurz. Als Radfahrer*in fühlt man sich gerade auf der Straße oft ungeschützt und alleine. Das gemeinsame Radfahren hat mir Kraft gegeben, um mich weiterhin für bessere Bedingungen für das umweltfreundlichste Fahrzeug – das Fahrrad – einzusetzen. Und die Critical Mass lässt sich auch nicht entmutigen.



FÜR EINE DIGITALE GESELLSCHAFT

Wir wollen die Zukunft Thüringens und der Menschen im Land smart gestalten! Für uns braucht es eine durchdachte Strategie, um die Vorteile der Digitalisierung zu nutzen und mögliche Risiken zu minimieren. Dafür haben wir uns in dieser Legislatur stark gemacht.

Als Grundlage sehen wir eine gemeinsame Strategie für eine digitale Gesellschaft, die die verschiedenen Lebensbereiche abdeckt. Das haben wir erstmalig in der Thüringer Geschichte umgesetzt.

Digitalisierung im Ganzen denken

Mit der Thüringer Strategie einer digitalen Gesellschaft konnten Maßnahmen synchronisiert und zusammengebracht sowie Leitbilder erarbeitet werden. Die Strategie hat dabei die Bereiche Mittelstand 4.0, digitale Landesentwicklung für den städtischen und ländlichen Raum sowie die Bereiche Bildung und Forschung digital als Handlungsfelder herausgearbeitet. Sie wurden anschließend mit konkreten Maßnahmen für eine digitale Zukunft unterfüttert.

Die Bürger*innen müssen profitieren

Als ein elementarer Bestandteil dieser Strategie gilt die Digitalisierung von Verwaltungsaufgaben. Dies wurde im Gesetz zur elektronischen Verwaltung (eGovernment) wegweisend umgesetzt. Wichtig ist vor allem der Qualitätsgewinn aufseiten der Bürger*innen. Eine digitalisierte Verwaltung kann anders und besser erreicht werden und erspart Wege und Zeit. Besonders im ländlichen Raum sind Behördengänge oftmals mühsam und zeitraubend. Digitale Verwaltung ermöglicht besonders in einem Flächenstaat wie Thüringen eine verbesserte Peripheriebindung und erleichtert den Bürokratieabbau für die Bürger*innen.

Digital und für alle zugänglich

Beim eGovernment haben wir als Fraktion darauf hingewirkt,

dass offene Software und offene Standards verpflichtend genutzt werden. OpenSource-Software (OSS) ist unserer



Meinung nach eine wichtige Maßnahme, um die digitale Resilienz zu wahren und nicht in Ab-

„Wir wollen eine Digitalisierung,
die möglichst allen nützt und nicht
nur wenigen zu mehr Macht verhilft.“

Madeleine Henfling,
Sprecherin für Netzpolitik



hängigkeiten oder Launen der
Großkonzerne zu geraten. Dafür
haben wir den OpenSource-
Preis initiiert, mit
dem Neu- und
Weiterent-
wicklung

von OpenSource-Lösungen
gefördert werden können.
Außerdem haben wir dafür
gesorgt, dass der Landtag eine
OpenSource-Strategie erarbeitet.
Damit wird zukünftig die An-
schaffung von Software nachhal-
tig und unter den Gesichtspun-
kten der Nutzerfreundlichkeit,
Kompatibilität und Wirtschaft-
lichkeit gestaltet. Das beinhaltet
die Anschaffung und Förderung

von Soft-
ware
genauso wie
die Weiterbildung
der Nutzer*innen.
Ebenso werden Beratungs-
leistungen zur Digitalisierung
für kleine und mittelständige
Firmen gefördert und darin
besonders auf OSS hingearbeitet.



Wem gehören die Daten



Dem Grundsatz folgend, dass mit Steuermit-
teln erhobene Daten für alle zugänglich sein
sollen, ist das Transparenzgesetz die Grundlage
für transparentes und nachvollziehbares staat-
liches Handeln. Das haben wir in Thüringen vor-
bildlich geschaffen. Die Bürger*innen profitieren
nun von frei zugänglichen Daten – zum Beispiel
von Geo- und Umweltinformationsdaten –, können diese abrufen
und verwenden. Mit unserem grünen Anspruch an eine Digitalisie-
rung, die allen dient und nicht nur wenigen zu mehr Macht verhilft,
konnten wir sowohl die OpenAccess-Veröffentlichungen an Hoch-
schulen ausbauen als auch den eigenen Landtag papierlos gestalten.

Das haben wir noch vor:

In dieser Legislatur haben wir in vielen Bereichen und Feldern den
Grundstein gelegt, um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.
Unser Ziel bleibt es weiterhin, diese Chancen für alle nutzbar zu
machen, damit möglichst viele Menschen von der Digitalisierung
profitieren können.

Eine moderne Verwaltung für Transparenz und gegen Lobbyismus

Undurchsichtig, beeinflussbar und schwerfällig – Verwaltung hat mit vielen Vorurteilen zu kämpfen und das oft nicht grundlos.

Wir wollten das ändern und die Verwaltung in Thüringen modernisieren. Denn eine transparente und zeitgemäße Verwaltung schafft Vertrauen bei den Bürger*innen. Hier setzen wir auch direkt beim Thüringer Landtag – also bei uns selbst – an.

Die Arbeit des Thüringer Landtags wird transparenter

Durch die Änderung der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags können interessierte Bürger*innen Protokolle und Beratungsgrundlagen von öffentlichen Ausschusssitzungen im freizugänglichen Parlamentsdokumentationssystem des Landtags abrufen. Die Arbeit der Abgeordneten und des Thüringer Land-

tags wird so transparenter. Bei der Landtagsverwaltung richten wir einen Gesetzgebungs- und Beratungsdienst („Wissenschaftlicher Dienst“) ein, der unabhängig, parteipolitisch neutral, objektiv und materiell weisungsfrei Gutachten und Ausarbeitungen erstellt. Diese werden ebenso frei zugänglich im Dokumentationssystem des Thüringer Landtags allen interessierten Bürger*innen zur Verfügung gestellt. Damit stärken wir die Rechte der Abgeordneten, machen parlamentarische Arbeit effizienter und stärken die Informationsrechte der Bürger*innen.

Lobbyismus erschwert

Mit der Änderung des Ministergesetzes haben wir ein Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Darin wurden Maßnahmen zur Bekämpfung von Lobbyismus und zur Herstellung von mehr Transparenz auf den Weg gebracht. Ausscheidenden Mitgliedern der Landesregierung kann fortan bis zu 24 Monate nach Amtsende die Beschäftigung in

Bereichen untersagt werden, in denen sie als Minister*innen tätig waren. Ein unabhängiges Gremium überprüft, ob die neue Tätigkeit im Interessenkonflikt mit dem ehemaligen Minister*innenamt steht oder nicht. Die Landesregierung entscheidet abschließend. Dadurch wird das Abschöpfen von „Insider-Wissen und -Kontakten“ erschwert.

Wir erfüllen auf Landesebene, was wir Grüne auf Bundesebene seit Langem fordern. Gemeinsam mit Non-Government-Organisationen (NGOs) wie Lobbycontrol und Transparency International machen wir uns für eine Sperrfrist von drei Jahren für ausscheidende Regierungsmitglieder stark.





Wissen, wer mitarbeitet

Durch das Gesetz zur Einrichtung einer so genannten Beteiligtentransparenzdokumentation wird zukünftig erkennbar, wer in Thüringen Einfluss auf Gesetzgebungsverfahren nimmt. Der Name der Organisation, Firma oder der Person muss ebenso wie der schriftliche Beitrag oder die Anregungen dem Gesetzentwurf beigefügt werden, um Transparenz zu erreichen. Die Verpflichtung zur Transparenz betrifft sowohl Gesetzesvorhaben der Landesregierung als auch des Landtags.

Geschäftsordnung zeitgemäß angepasst



Sprache beeinflusst unser Denken, schafft Bewusstsein und ist Ausdruck von Machtverhältnissen. Mit dem Beschluss zur Änderung der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags in geschlechtergerechte Sprache setzen wir ein politisches Statement. Wir Bündnisgrüne fordern seit Jahren, dass Frauen in der Sprache „sichtbar“ werden. In der Geschäftsordnung in gendergerechter Sprache wird das nun umgesetzt. Die Digitalisierung macht auch vor dem Landtag nicht Halt. Deshalb ist es nur konsequent, durch die Änderung der Geschäftsordnung den Thürin-

ger Landtag „papierlos“ zu machen. Damit können alle Abgeordneten und Mitarbeiter*innen sämtliche Dokumente über ein System digital abrufen. Dies ist ressourcenschonend und fortschrittlich.

Das haben wir noch vor:

Künftig wollen wir, dass alle Ausschuss-sitzungen öffentlich sind und somit interessierte Bürger*innen die Debatten nicht nur in den Plenarsitzungen, sondern eben auch in den Ausschüssen verfolgen können.

Kulturland Thüringen

Thüringen besitzt eine einzigartige Kulturlandschaft. Der Erhalt und die Förderung ihrer Vielfalt ist für uns ein wichtiges Anliegen. Seit 2014 bemühen wir uns darum. Ziel war es, das in einer gesamt-gesetzlichen Lösung zu realisieren. Dafür wurde ein lang angelegter Dialogprozess zusammen mit den Kulturakteur*innen geführt. Darin wurden besonders die unterschiedlichen Sichtweisen der „großen“ und „kleineren“ Einrichtungen deutlich. Um der Einzigartigkeit der jeweiligen Kultureinrichtung gerecht zu werden, braucht es daher individuelle Ansätze und Lösungen.

Kultur muss man sich leisten wollen

Unsere Theater und Orchester sind im Besonderen Träger*innen von kultureller Bildung und Identifikation. Ihre finanzielle Lage war in der Vergangenheit durchaus problematisch: Die Kommunen litten unter hohen finanziellen Belastungen, die sich auch auf die Bezahlung der Kunst- und Kulturschaffenden auswirkten. Im Ergebnis eines gemeinsamen Lösungsprozesses haben wir die Theater und Orchester finanziell

abgesichert, Kooperationen verfestigt und die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer*innen nachhaltig verbessert. Im Bereich der Sozio- und Breitenkultur haben wir die Mittel für die Einrichtungen ebenfalls erhöht. Sie sind eine wichtige Säule für kulturelle Teilhabe und Selbstwirksamkeitserfahrung, insbesondere für junge Menschen.

Digitalisierung macht vor Kultur nicht Halt

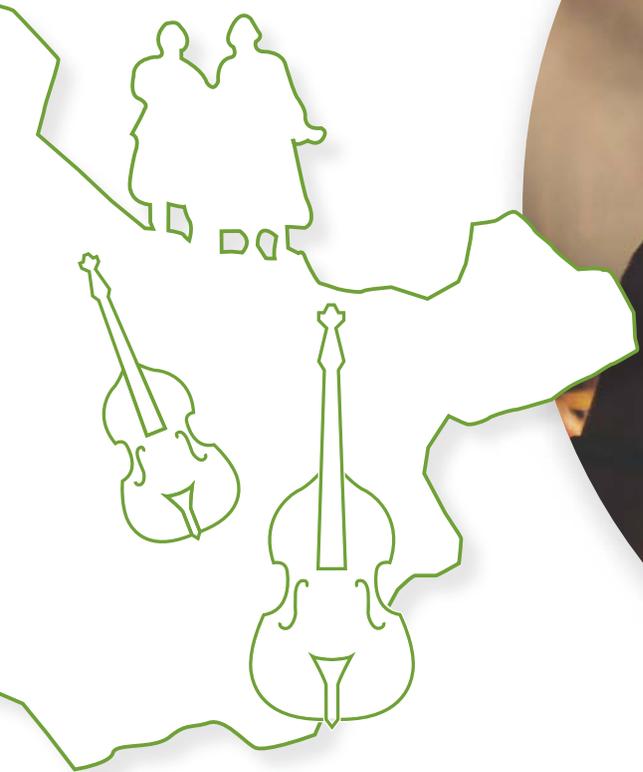
Die Digitalisierung von Kulturgut wird von uns wesentlich stärker in den Fokus gestellt und finanziell ausgestattet, damit Dokumente und Quellenmaterial auch zukünftig für die Forschung erhalten bleiben und mehr Menschen zugänglich gemacht werden können.

Den Thüringer Archiven haben wir daher ein modernes Archivgesetz gegeben: mit umfangreichen Änderungen vom Begriff des Archivgutes bis zu Speichermedien. Die bis dahin geltenden Bestimmungen kamen noch aus der Zeit

von Windows 3.1.

Es war also höchste Zeit. Auch die Arbeit der Museen wurde zukunftsweisend aufgestellt. Die Herausforderungen an unsere Museen sind gestiegen. Wir haben den finanziellen Rahmen geschaffen, damit Museen moderne Museumskonzepte entwickeln und umsetzen können, Kooperationen aufbauen und vertiefen sowie ihre Rolle als aktive Trägerinnen der kulturellen Bildung gerecht werden können.





Medien als Sprachrohr für Kultur

In einer vielfältigen Beteiligungslandschaft nehmen die Bürgermedien als Sprachrohr für Kultur eine wesentliche Rolle ein. Hier können Bürger*innen generationenübergreifend selbst aktiv werden, Inhalte setzen und gestalten. Die Bürgermedien sind dabei unabhängig. Als Land können wir Unterstützung im Bereich der Technik und Digitalisierung bieten. Das haben wir getan und mehr Geld in den Haushalt eingestellt. Vielfalt im kulturellen Erleben und in der Berichterstattung schließt auch den Öffentlich-

rechtlichen Rundfunk und seinen Programmauftrag ein. Der MDR in Thüringen ist Teil einer länderübergreifenden Rundfunkanstalt. Sie blieb inhaltlich seit 1994 mehr oder weniger unverändert. Besonders die Frage des aktuellen Rundfunkauftrages und der Gremienzusammensetzung ist allerdings enorm wichtig. Wir haben eine Novellierung des Staatsvertrages durch die Länder angestoßen und warten derzeit auf eine Einigung, die leider besonders durch die sächsische CDU blockiert wird.

Das haben wir noch vor:

Ab 2020 sollen die Musik- und Jugendkunstschulen landesweit gefördert werden. Das ist ein Gewinn für Thüringen und gibt den Arbeitnehmer*innen endlich Sicherheit und faire Entlohnung. Die Kulturagent*innen konnten sich nachweislich gewinnbringend als Bindeglied zwischen Bildungseinrichtungen und Kulturbetrieb etablieren. Daher wird das Programm bis 2021 weiter fortgeschrieben. Die Novellierung des MDR werden wir ebenfalls weiter vorantreiben.

Besser von

A nach B

Auf die Arbeit, in die Schule, zum Einkaufen – wie komme ich am besten hin? Diese Frage stellen sich jeden Tag Hunderttausende Menschen in Thüringen. Mit unserem Azubi-Ticket, vervierfachen Investitionen in Radwege, der gesicherten Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung, der Straßenbahnförderung und unserem Landesbusnetz haben wir die sicheren, gesunden und preiswerten Verkehrsmittel im Freistaat unterstützt. Und mit unserer umgesetzten Strategie zur Elektromobilität wird auch das Auto umweltfreundlicher.

Junge Leute sind mobil

Was bei Studierenden schon lange gut funktioniert, klappt jetzt auch bei Azubis: Mit einem günstigen Ticket können sie in ganz Thüringen Bus und Bahn nutzen. Im

nächsten Schritt werden auch Freiwilligendienste das günstige Jahresticket nutzen können, dessen Preis wir zudem auf 30 Euro pro Monat absenken wollen.

Bus und Bahn im Takt

Mit unserem ThüringenTakt haben wir ein System entwickelt, das Bahnen und Busse so miteinander verknüpft, dass das Umsteigen

ein Kinderspiel ist und schnell geht. Das Landesbusnetz bindet dazu alle größeren Orte an, die keinen Bahnanschluss haben. So kommen die Thüringer*innen bequemer und ohne große Wartezeiten von A nach B. Schon immer war die Bahn ein effizientes und umweltfreundliches Verkehrsmittel. Sie bringt viele Menschen an den gewünschten Zielort, ohne dass Autos nötig sind. Mit unserer Elektrifizierungsoffensive auf der Mitte-Deutschland-Bahn und auf weiteren wichtigen Strecken wird sie sogar klimaneutral. Denn der Strom, den sie braucht, wird zunehmend aus regenerativen Quellen gespeist. Und spurtstärker wird der Zug damit auch.



„Ob in der Freizeit oder für den Beruf: Wer mit dem Rad fährt, verdient unsere Unterstützung. Wir wollen mehr Menschen dazu motivieren, ihre Wege mit dem Rad zurückzulegen.“

*Roberto Kobelt,
Sprecher für Mobilität*

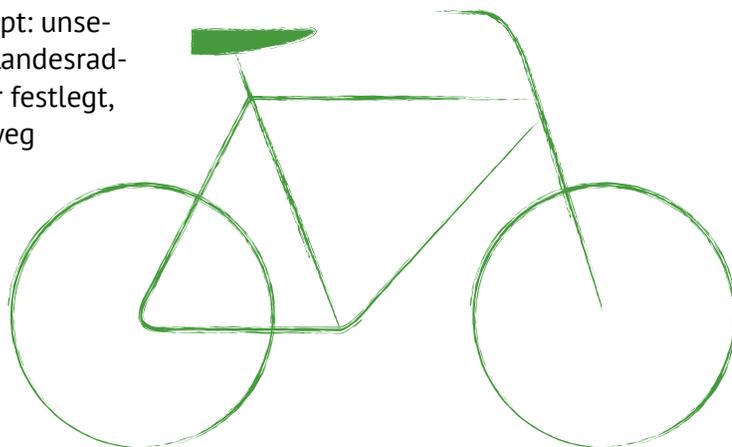


Wo sich Oberleitungen nicht lohnen, setzen wir auf Wasserstoff- und Batteriezüge. So können wir bis 2030 den gesamten Bahnverkehr ohne Kohlendioxid-ausstoß umstellen.

Die „Elektrische“ hat Zukunft

Gesund, schnell, preiswert: Radfahren

Für das Rad schlägt unser Herz besonders hoch. Mit einer Vervielfachung der Investitionen legen wir den Grundstein für mehr gute Radwege in Thüringen, auf denen man sicher sein Ziel erreichen kann. Und das geht am besten mit einem guten Konzept: unserem neuen Landesradwegplan, der festlegt, wo ein Radweg hin muss und wie er ausgeschildert ist.



In manchen Städten wird sie einfach „die Elektrische“ genannt: die Straßenbahn. Denn sie ist die älteste Form der Elektromobilität. Und sie hat eine leuchtende Zukunft vor sich. Deshalb unterstützen wir unsere fünf Straßenbahnstädte Erfurt, Gera, Gotha, Jena und Nordhausen dabei, ihr Netz zu sanieren und für zukünftige Anforderungen gewappnet zu sein.

Das haben wir noch vor:

Wir wollen einen Mobilitätspakt schmieden, der allen Menschen in Thüringen eine Mobilitätsgarantie gibt. Das heißt: Von jedem Ort garantieren wir, dass mindestens alle zwei Stunden eine Möglichkeit besteht, mit dem ÖPNV in jeden anderen Ort zu kommen. Um das zu erreichen, investieren wir in die Busflotten und in Forschung, damit die Verkehrsunternehmen vor Ort diese Leistung so effizient wie möglich erbringen können. Wir machen uns stark für thüringenweit gültiges Ticket, mit dem man kostengünstig und unkompliziert für 2 Euro pro Tag durch ganz Thüringen fahren kann. Für Jugendliche peilen wir ein Thüringenticket für 1 Euro am Tag an.

Wirtschaft nachhaltig gestalten

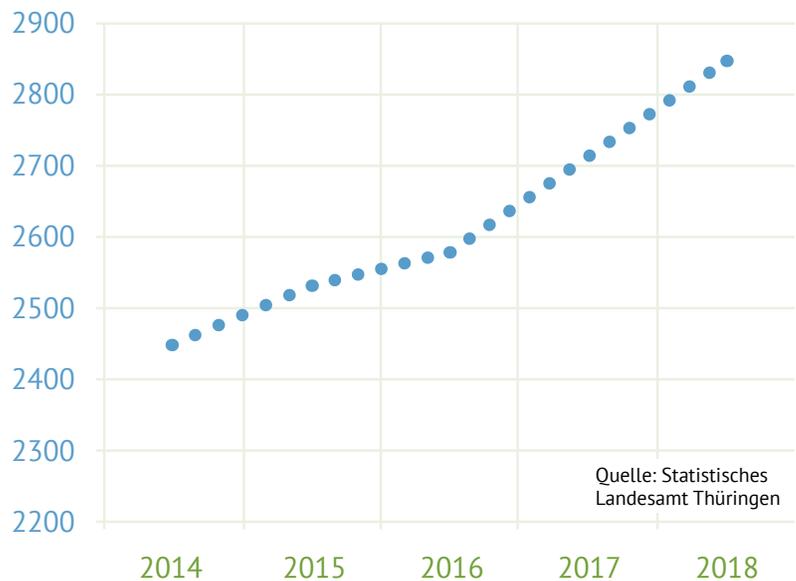
Wir wollen eine Wirtschaft, die fair, ökologisch und nachhaltig ist. Wir wollen zum Nutzen aller wirtschaften und dabei unsere Lebensgrundlagen erhalten. Wir wollen das alte Image Thüringens als Billiglohnland mit fairen Löhnen für gute Arbeit überwinden. Daran arbeiten wir seit Beginn unserer Regierungsbeteiligung mit einer Vielzahl von Schritten.

Anstieg der
Bruttomonats-
gehälter in
dieser Legislatur



„Wir wollen weg von einem Wirtschaftssystem, das alleine auf Wachstum setzt und ökologische und soziale Faktoren vernachlässigt. Stattdessen stehen wir für eine Wirtschaftspolitik, die das Gemeinwohl im Blick hat und Chancen für innovative Geschäftsmodelle bietet.“

Olaf Müller, Sprecher für Wirtschaft und Tourismus



Start-ups fördern, Nachfolgen sichern

Ein Schwerpunkt unserer zielgerichteten Wirtschaftspolitik sind Gründungen und Unternehmensnachfolgen. Deshalb haben wir die Gründungsförderung neu aufgestellt und beispielsweise das Thüringer Zentrum für Existenzgründungen und Unternehmertum als erste Anlaufstelle gegründet. Mit unserer Kampagne „Nachfolgen ist das neue Gründen“ wurde das Thema Unternehmensnachfolge noch einmal verstärkt in den

Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Thüringen hat sich dadurch bei den Unternehmensnachfolgen einen bundesdeutschen Spitzenplatz erobert. Gerade im Handwerk spielt die Suche nach gutem Nachwuchs eine immer bedeutendere Rolle. Mit der Einführung des Meisterbonus, durch den wir die erfolgreichsten Absolvent*innen der Gewerke prämiieren, unterstützen wir das Handwerk bei der Nachwuchsgewinnung.

Forschungsförderung für kleine und mittelständische Unternehmen

Thüringen ist das Bundesland mit einer der höchsten Quoten an Kleinen und Mittelständischen Unternehmen (KMU). Wir Grüne sehen daher die Forschungsförderung für die wirtschaftsnahen Forschungsinstitute als ideales Instrument an, um mit Innovationen die KMU

zu unterstützen und dadurch Wettbewerbsvorteile zu erzielen. Deshalb haben wir die Förderrichtlinien zugunsten einer einfacheren Förderung überarbeitet, den Bedürfnissen der wirtschaftsnahen Forschungsinstitute angepasst und die Forschungsförderung finanziell gestärkt.

Für Fairness bei Löhnen und Beschaffung

Mit dem Thüringer Vergabegesetz sorgen wir dafür, dass Unternehmen, die in Thüringen öffentliche Aufträge erhalten wollen, die Tarifbedingungen ihrer Branche einhalten, beziehungsweise einen vergabespezifischen Mindestlohn zahlen müssen, der oberhalb des bundesgesetzlichen Mindestlohns liegt. Vereinbart wurde auch, ver-

stärkt auf den Klima- und Umweltschutz zu achten. So wurde bei der Beschaffung eines Investitionsgutes mit einem Stückwert von mehr als 1.000 Euro vereinbart, dass der Lebenszyklus, das heißt, die voraussichtlichen Betriebskosten, die Kosten für den Energieverbrauch und die Entsorgungskosten, stärker berücksichtigt werden.

Tourismusstrategie 2025

Mit dem Ziel effizienterer Organisationsstrukturen und einer Profilschärfung beim Tourismusmarketing haben wir die Tourismusstrategie 2025 in einem breiten Beteiligungsverfahren entwickelt. Flankierend helfen Digitalisierungsmaßnahmen, die Kundenansprache zu verbessern. Dies geschah durch die Entwicklung einer Content-Datenbank und der einheitlichen Gestaltung von Webseiten aller Organisationsebenen. Das Ziel, mehr Wertschöpfung zu generieren statt eine bloße Steigerung der Über-

nachtungszahlen zu erreichen, war dabei der Grundgedanke einer nachhaltigen strategischen Entwicklung. Mit der Wanderwegekonzeption wurde im Bereich naturnaher Tourismus ein besonderer Schwerpunkt gesetzt, der für den Thüringer Tourismus auch eine starke wirtschaftliche Komponente darstellt. Die Qualitätsgarantie für herausragende Wanderangebote wurde durch ein durchdachtes Pflegemanagement der Wanderrouten auf lange Sicht gestärkt.

Das haben wir noch vor:

Auch künftig machen wir uns stark für eine innovative und wirtschaftsnahe Förderung, die den kleinen und mittleren Unternehmen nützt. Wir setzen außerdem auf alternative Wirtschaftsmodelle, wie Sharing-Modelle oder Genossenschaften. Im Bereich Tourismus stärken wir das zentrale Marketing für eine Dachmarke „Thüringen“ und setzen unseren Fokus auf Qualitätssteigerungen und auf sanften Tourismus im Einklang mit Natur und Menschen.

Nachhaltig haushalten

Getragen von der Überzeugung für mehr Generationengerechtigkeit haben wir begonnen, den Landeshaushalt aus der Schuldenfalle zu führen. Auf dem Weg zur Haushaltskonsolidierung haben wir in dieser Legislatur keine neue Schulden aufgenommen und ausschließlich ausgeglichene Haushalte im Parlament beschlossen.

Schulden getilgt, investiert und Spardose gefüllt

Wir haben es geschafft, mehr als eine Milliarde Euro an Altschulden zu tilgen, die uns die Vorgängerregierungen hinterlassen haben. Die Pro-Kopf-Verschuldung in Thüringen konnten wir trotz Bevölkerungsrückgang auf unter 7.000 Euro senken. Die Rücklage, also die Spardose des Landes, haben wir gut gefüllt für die kommende Regierungszeit hinterlassen. Die Investitionsquote wurde auf hohem Niveau stabil gehalten. Wir haben sinnvolle Investitionsschwerpunkte bei Kinderbetreuung, Schulen und Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz gesetzt.

Der Nachhaltigkeit verpflichtet

Mit dem Thüringer Nachhaltigkeitsmodell haben wir die Schuldentilgung sogar gesetzlich festgeschrieben. Das eröffnet uns zukünftig mehr finanzielle Spielräume, weil wir für weniger Schulden auch weniger Zinsen zahlen müssen. Das so eingesparte Geld kann dadurch besser in den Freistaat und die Menschen, die hier leben, investiert werden. Mit der Verwaltungsreform wurde die Grundlage für eine effektive und nachhaltige Umstrukturierung der Thüringer Behörden geschaffen.

Abläufe optimieren, auf Entwicklungen reagieren

Zukünftig werden dadurch das Fachwissen gebündelt und Verwaltungsabläufe optimiert. Auch so werden Ausgaben für die Verwaltung reduziert und das Geld steht letztlich für sinnvolle Investitionen und die Menschen im Freistaat zur Verfügung.

Den Stellenabbau beim Personalentwicklungskonzept haben wir in den Bereichen, in denen eine Personaleinsparung die öffentliche Daseinsvorsorge gefährdet – nämlich Bildung und Sicherheit –, ausgesetzt und stattdessen für mehr Polizei und Lehrer*innen gesorgt.



Fair und partnerschaftlich mit unseren Kommunen umgehen

Die Kommunen wissen meist am besten, was für die Bürger*innen vor Ort wichtig ist und in welchen Bereichen mehr getan werden muss. Wir haben unsere Kommunen fair nach den partnerschaftlichen Grundsätzen behandelt und werden auch zukünftig die kommunale Selbstverwaltung respektieren. Mit einem gerechten kommunalen Finanzausgleich stärken wir die Daseinsvorsorge in den Städten und Gemeinden und geben den Kommunen den Handlungsspielraum, den sie benötigen.

Gemeinsam mit unseren Kommunen werden wir beraten, wie hochverschuldete Städte und Gemeinden auf dem Weg der Haushaltskonsolidierungen weiter finanziell unterstützt und mittelfristig entschuldet werden können.



Mit einem Haushalt für das Jahr 2020 schaffen wir

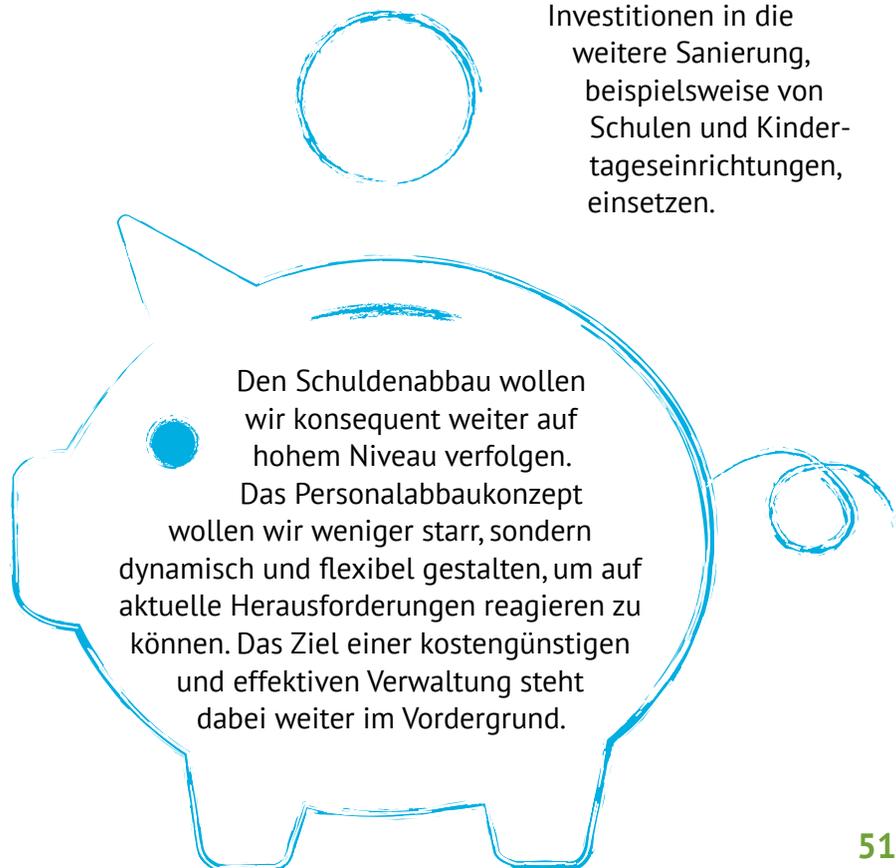
Planungssicherheit

für alle, die auf Landesgeld angewiesen sind.



Das haben wir noch vor:

Wir setzen auch zukünftig auf einen ausgewogenen Dreiklang aus Investieren, Rücklagenbildung und Schuldenabbau. Dazu gehören kluge Investitionen in Bildung, Kinderbetreuung, Klimaschutz und Infrastruktur. Nur wer sich um gute Bildung kümmert und unsere Infrastruktur nicht verfallen lässt, handelt nachhaltig und generationengerecht. Wir wollen daher eine ehrliche Bestandsaufnahme des Sanierungsbedarfs der Infrastruktur im Freistaat einfordern und unsere Haushaltsüberschüsse für Investitionen in die weitere Sanierung, beispielsweise von Schulen und Kindertageseinrichtungen, einsetzen.



Den Schuldenabbau wollen wir konsequent weiter auf hohem Niveau verfolgen. Das Personalabbaukonzept wollen wir weniger starr, sondern dynamisch und flexibel gestalten, um auf aktuelle Herausforderungen reagieren zu können. Das Ziel einer kostengünstigen und effektiven Verwaltung steht dabei weiter im Vordergrund.

Politik für die Menschen vor Ort



„Es hat sich gezeigt, dass wir mit unserem Weg, auf Freiwilligkeit bei Neugliederungen zu setzen, richtig lagen. Fast eine Million Menschen werden zum Ende der Legislatur in zukunftsfähigen Gemeinden leben. Gemeinsam geht es besser.“

Dirk Adams, Sprecher für Innen- und Kommunalpolitik



Die Kommunalpolitik unter Rot-Rot-Grün war über lange Zeit von der Debatte um die Gebietsreform bestimmt.

Die Koalition startete mit dem Willen, eine umfassende Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform mit pflichtigen Gemeinde- und Kreisneugliederungen durchzuführen. Für uns war immer klar, dass eine solche Reform nur mit den Bürger*innen und am besten freiwillig zu erreichen ist.

Auf Freiwilligkeit setzen

Nachdem das sogenannte Vorschaltgesetz vom Verfassungsgericht aufgrund eines Formfehlers im parlamentarischen Verfahren für nichtig erklärt worden war, fehlte die Grundlage für die pflichtige Gebietsreform.

Wir haben uns danach in der Koalition mit unserer Forderung durchgesetzt, Gebietsreformen auf Gemeindeebene auf freiwilliger Basis großzügig zu fördern und so Anreize für Strukturverbesserungen zu bieten.

Die bündnisgrüne Fraktion hatte sich dafür stets

stark gemacht. Im Rahmen dieser Debatte wollten wir auch die Thüringer Verwaltungsgemeinschaften nach dem Vorbild der rheinland-pfälzischen Verbandsgemeinde weiterentwickeln. Mit dieser Idee konnten wir uns allerdings nicht durchsetzen.

Aber letztlich gibt uns der Erfolg recht: Mit drei Neugliederungsgesetzen haben wir insgesamt 380 Gemeinden neu geordnet. Damit werden fast eine Million Thüringer*innen am Ende dieser Legislaturperiode in neuen, leistungsfähigeren Gemeinden leben. Diese größeren Gemeinden werden die vor uns allen liegenden Herausforderungen in Zukunft besser meistern können.

380
Gemeinden
sind neu geordnet.

Einnahmen für Kommunen sprudeln

Seit unserem Regierungsantritt wachsen die Steuereinnahmen der Kommunen und des Landes konstant an. So stiegen die eigenen Einnahmen der Kommunen von rund 1,5 Milliarden Euro 2015 auf voraussichtlich 1,9 Mrd. Euro 2020.

Fast **1 Mio. Thüringer*** innen

werden zum Ende der Legislatur in leistungsfähigeren Gemeinden leben.

Bereits damit hat sich die finanzielle Situation der Kommunen mit einem Plus von rund 400 Millionen Euro wesentlich verbessert. Zudem wurden auch die Mittel, die den Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich vom Land zufließen, konstant erhöht. Die Finanzausgleichsmasse erhöhte sich von rund 1,8 Milliarden Euro 2015 auf über 2 Milliarden Euro mit dem Haushalt 2020. Dazu kommen erhöhte Zuweisungen außerhalb des Finanz-

ausgleichs – unter anderem durch Investitionsprogramme. Letztere betragen zuletzt 100 Millionen Euro und wurden mit dem Haushalt 2020 in die Schlüsselzuweisungen integriert. Damit haben wir die finanzielle Situation der Kommunen nachhaltig verbessert.

400 Mio. Euro
mehr Einnahmen für die Gemeinden



Freiwilliges Engagement auch finanziell würdigen

Die vielen ehrenamtlichen Mandatsträger*innen in den Thüringer Kommunen leisten einen unglaublich wertvollen Beitrag zu unserem Gemeinwesen. Die finanziellen Entschädigungen können immer nur eine kleine Anerkennung sein. Mit der rot-rot-grünen Verordnung wurde diese finanzielle Entschädigung erhöht. Dies ist ein kleiner, aber wichtiger Beitrag, um unseren Kommunalpolitiker*innen für ihre Arbeit zu danken und etwas

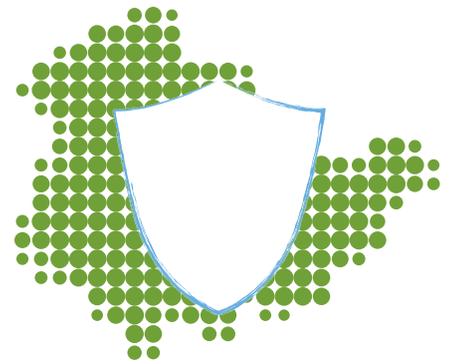
für den Aufwand zu entschädigen. Nach der Verordnung dürfen nun die Kommunen beispielsweise im Rahmen von monatlichen Pauschalen bis zu 160 Euro bei bis zu 5.000 Einwohner*innen und 470 Euro bei über 100.000 Einwohner*innen auszahlen.

Das haben wir noch vor:

Wir werben weiterhin für kommunale Fusionen in Thüringen, um die Landkreise und Gemeinden zukunftsfest aufzustellen. Dabei bleiben wir bei unserem Grundsatz der Freiwilligkeit. Außerdem wollen wir die Thüringer Kommunalordnung transparenter sowie demokratischer gestalten, um mehr Mitbestimmung zu ermöglichen.



Sicher leben in Thüringen



Mit dem Regierungsantritt fanden wir viele Baustellen und Probleme im Bereich der Innenpolitik vor. Thüringen hatte zu wenige Polizist*innen, die dazu ein hohes Durchschnittsalter hatten. Alle CDU-Innenminister der Vorgängerregierungen hatten es versäumt, für die Ausbildung junger Anwärter*innen in ausreichender Zahl zu sorgen.

Polizei aufgestockt

Wir haben deshalb die Einstellung von Polizeianwärter*innen konstant erhöht. Mit dem Haushalt 2020 wird Vorsorge getroffen, damit bis zu 300 neue Polizeianwärter*innen eingestellt werden können. Damit haben wir eine Trendwende eingeleitet und sorgen dafür, dass in

Zukunft wirklich „mehr Blau auf die Straße kommt“. Damit die Polizist*innen auch vernünftig ausgestattet und geschützt sind, wurde ebenso viel Geld in die Ausrüstung investiert: unter anderem konnten dadurch neue Westen und endlich schusssichere Helme angeschafft werden.



Transparenz schafft Vertrauen

Besonders wichtig war uns die Einführung der Kennzeichnungspflicht für geschlossene Polizeieinheiten. Jede*r Polizist*in im Einsatz trägt nun eine repersonalisierbare Kennzeichnung. So kann bei Problemen besser ermittelt werden. Die Repersonalisierung kann dabei nur von der Polizei vorgenommen werden. Das schützt auch die Beamt*innen. Außerdem haben wir die Polizeivertrauensstelle eingeführt. Dorthin können sich Bürger*innen wenden, wenn sie zum Beispiel mit polizeilichem Handeln unzufrieden oder nicht einverstanden sind, aber keine Anzeige erstatten möchten. Auch dies sorgt für transparenteres und nachvollziehbareres polizeiliches Handeln.

Kenn-
zeichnungs-
pflicht
eingeführt

25 Euro pro Mitglied angehoben. Die Lehrgänge der Jugendfeuerwehren haben wir den anderen Lehrgängen gleichgestellt und die Entschädigungsverordnung angepasst. Wir sind zuversichtlich, dass diese Maßnahmen die Arbeit der freiwilligen Feuerwehren nachhaltig unterstützen und zur Nachwuchssicherung beitragen können. Dennoch bleibt es eine große Aufgabe, das System der Freiwilligen Feuerwehren weiter bei den kommenden Herausforderungen zu unterstützen. In den Haushaltsverhandlungen konnten wir bereits zusätzliche Gelder für sieben Stellen mehr an der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule zur Verfügung stellen. Zudem wurden die Mittel für die Feuerwehren konstant erhöht, damit die Gemeinden in die Lage versetzt werden, ihre Ausstattung zu verbessern.

Das haben wir noch vor:

Für die Polizeivertrauensstelle wünschen wir uns weitergehende Kompetenzen als ihr derzeit eingeräumt werden. Zum Beispiel soll die Zuständigkeit der Vertrauensstelle auch für Beamt*innen gelten, die sich über Kolleg*innen „beschweren“ möchten. Außerdem soll sie unabhängig und nicht mehr beim Innenministerium angesiedelt sein. Die Personalsituation bei der Polizei wollen wir weiter verbessern, ebenso die Situation bei der technischen Ausstattung.

Die Chancen der Digitalisierung nutzen

Mit einem umfassenden Digitalisierungsantrag haben wir den Anstoß gegeben, dass die Polizeiarbeit im digitalen Zeitalter ankommt. So sollen die Polizist*innen beispielsweise zeitnah mit Smartphones und mobilen IT-Lösungen ausgestattet werden, mit denen sie einen Großteil der Arbeit auch unterwegs erledigen können. Das spart Zeit und die Polizist*innen haben mehr Zeit für unsere Bürger*innen. Erste Pilotversuche dazu sind bereits angelaufen.

Mehr Mittel für unser aller Sicherheit

Wir haben ebenfalls die Arbeit der freiwilligen Feuerwehren in Thüringen verbessert, indem wir zahlreiche Maßnahmen eingeleitet haben: So wurden unter anderem die Grundlagen für eine flächendeckende Brandschutzerziehung geschaffen, die Jugendfeuerwehrepauschale haben wir von 20 auf

Thüringen, Europa und die Welt – **global denken, lokal handeln**

Die Europäische Union steht seit vielen Jahrzehnten für Frieden, Demokratie, Menschenrechte, wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Gerechtigkeit. Die Vorteile einer geeinten Union sind für uns bereits ganz normal geworden: ohne Visum in ganz Europa grenzenlos zu reisen, in fast jedem EU-Land mit dem Euro zu zahlen, ohne Aufpreis zu telefonieren oder im Rahmen des Erasmus-Programms im Ausland zu studieren. Doch gleichzeitig befindet sich Europa in einer Phase großer Umwälzungen. Die nicht überwundene Wirtschaftskrise, das Brexit-Referendum des Vereinigten Königreichs, erstarkende rechtspopulistische und europafeindliche Bewegungen wecken bei vielen Zweifel, wo es mit Europa hingehen soll. Umso mehr braucht es starke Bündnisgrüne, auch im Thüringer Landtag, die sich klar zur Europäischen Union bekennen.

Beteiligung ist der Schlüssel für Vertrauen

Bürger*innenbeteiligung ist für uns ein zentrales Anliegen. Deshalb führte Rot-Rot-Grün im Thüringer Landtag eine umfassende Anhörung durch, in der sich internationale ThinkTanks, Vertreter*innen aus Wirtschaft, Finanzpolitik, Wissenschaft, den Kommunen sowie aus zivilgesellschaftlichen Vereinigungen zum Thema „Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien“ – einbringen konnten. Als Ergebnis erarbeiteten wir ein sogenanntes Reflexionspapier. Darin sprechen wir uns klar für eine starke EU aus, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt, die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vertieft, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte sichert, globale Gerechtigkeit fördert, Innovatio-

nen voranbringt und ein Europa mit starken Regionen und Kommunen ermöglicht. Thüringens Zukunft liegt in Europa und Europas Zukunft wollen wir mitgestalten.

Strategisch für ein star- kes Europa

In der Europapolitischen Strategie des Freistaats Thüringen werden wichtige Ziele und Handlungserfordernisse definiert, wie die Rückbesinnung auf gemeinsame europäische Werte, die Wiederbelebung des europäischen Sozialmodells, eine nachhaltige Entwicklung, starke Regionen sowie die demokratische Mitwirkung engagierter Bürger*innen. Unser Ziel ist es, an einem demokratischen, sozialen und ökologischen Europa mitzuwirken, in dessen Mitte Thüringen als welt-offenes Land gestärkt wird.

Thüringer Interessen erreichen Brüssel

Wir haben die Informations- und Beteiligungsrechte des Thüringer Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union weiter gestärkt, indem wir die 2014 getroffene Vereinbarung dazu überarbeitet und erneuert haben. Die Verfassung der EU räumt den nationalen Parlamenten der

Mitgliedsstaaten im europäischen Rechtsetzungsprozess ein formales Kontrollrecht ein. Will also die EU etwas regeln, was ausreichend auf mitgliedstaatlicher Ebene geregelt werden kann und nicht aufgrund des Umfangs oder der Wirkungen für die EU besser geeignet wäre, können die nationalen Parlamente begründete Stellungnahmen äußern.

Diese müssen dann von den EU-Organen berücksichtigt werden.

Global denken, lokal handeln

Wir stehen dazu, Politik im Sinne global nachhaltiger Entwicklung zu gestalten. Weltweit leben derzeit 1,3 Milliarden Menschen in absoluter Armut. Klimakrise, Kriege, Hunger und Finanzkrisen zeigen: Unsere globale Wirtschaftsweise muss sich grundlegend ändern, damit alle Menschen faire Chancen erhalten. Mit dem Pariser Klimaabkommen und den globalen Nachhaltigkeitszielen ist dafür der Rahmen gesetzt. Nun haben wir auch in Thüringen konkrete Maßnahmen auf den Weg gebracht, die das gesellschaftliche Bewusstsein der Thüringer*innen für nachhaltige Entwicklungspolitik und für die Zusammenhänge und Abhängigkeiten der Globalisierung fördern. Eine gezielte Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit soll Verbraucher*innen für einen nachhaltigeren und sozial gerechteren Konsum sensibilisieren, öffentliche Aufträge der Landesregierung und nachgeordneter Behörden sollen soziale und ökologische Kriterien berücksichtigen. Entwicklungspolitisches Engagement in den Kommunen wird ebenso unterstützt und gestärkt.

Das haben wir noch vor:

Künftig wollen wir die Beteiligungsmöglichkeiten der Regionen in Europa stärken, damit die Thüringer Interessen noch mehr Berücksichtigung finden. Wir werden außerdem daran mitarbeiten, Europa sozialer, demokratischer und ökologischer zu gestalten.



Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz durch das Richter- und Staatsanwältegesetz

Schaffung einer Interessenvertretung für ehrenamtliche Richter*innen

Umfassendes Sicherheitspaket für die Thüringer Gefängnisse

Ausbildungsplätze im Strafvollzug auf 25 pro Jahr erhöht

130 neue Richter*innen und Staatsanwält*innen eingestellt

Das darf nicht vergessen werden:

Einrichtung eines Nachhaltigkeitsbeirates des Thüringer Landtags

Mehr Geld für Volkshochschulen und freie Träger für Erwachsenenbildung

5 Tage Bildungsurlaub pro Jahr durch das Bildungsfreistellungsgesetz

Kostenfreie Nutzung der Sportstätten für die Vereine durch das Sportförderungsgesetz

Konsequenteres Vorgehen gegen Beteiligte in Sportorganisationen mit Doping-Vergangenheit

Platz für Notizen:

Bildnachweise:

Fraktion, Titel: Shutterstock/ ixpert;

S. 1: Michael Kost; S. 2: Pixabay;

S. 4/5: Olarn Somboonkul; S. 5.: Mark robert paton, Ivan Chudakov; S. 7: Aris Suwanmalee, TMMJV/M. Krummrich; S. 8/9: www.trevorjohnson.de; S. 14: Animaflora PicsStock;

S. 15: Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur;

S. 18: Robert Kneschke; S. 19: optimarc, Maria Nikiforova; S. 22: Wolfgang Klaus;

S. 23: one line man; S. 24; Michael Kost; S. 25: one line man; S. 30: Thüringer Landtag;

S. 31: Oksana Kuzmina; S. 32: Honchar Roman, Pixabay; S. 34: Stephanie Frey; S. 35: Pixabay;

S. 36: Romariolen; S. 37: Pixabay; S. 40/41: Kakteen, Pixabay; S. 43: villax; S. 44: StockLeb;

S. 45: Pixabay; S. 46: Alexander Keiner; S. 48: Adam Schlüssler; S. 49: Animaflora PicsStock;

S. 54: Alexander Keiner

DIE MITARBEITER:INNEN DER FRAKTION

Geschäftsstelle



Julia Ströbel
Fraktionsgeschäftsführerin
Telefon: 0361/37-72669
E-Mail: julia.stroebel@gruene-thl.de



Ines Birkmann
Referentin der Fraktion
Telefon: 0361/37-72670
E-Mail: ines.birkmann@gruene-thl.de



Beate Blumenstein
Referentin des Fraktionsvorsitzenden
Telefon: 0361/37-72660
E-Mail: beate.blumenstein@gruene-thl.de



Beatrice Sauerbrey
*Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung,
Referentin für Europapolitik; Begleitung des Unter-
suchungsausschusses 6/2 („Aktenlager Immelborn“)*
Telefon: 0361/37-72676
E-Mail: beatrice.sauerbrey@gruene-thl.de

Pressestelle



Sebastian Arnold
*Presse- und Kommunikationsverantwortlicher
Pressesprecher*
Telefon: 0361/37-72666
E-Mail: sebastian.arnold@gruene-thl.de



Laura Eschrich
*Stellvertretende Pressesprecherin
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*
Telefon: 0361/37-72690
E-Mail: laura.eschrich@gruene-thl.de



Christian Herrmann
Referent für Veranstaltungsmanagement
Telefon: 0361/37-72654
E-Mail: christian.herrmann@gruene-thl.de

Parlamentarische Beratung



Tamer Düzyol
*Referent für die Begleitung
des NSU-Untersuchungsausschusses*
Telefon: 0361/37-72682
E-Mail: tamer.duezyol@gruene-thl.de



Christian Foß
*Referent für Kultur, Medien, Wissenschaft, Digitale Gesellschaft
und Datenschutz, für die Begleitung des UA 6/2 („Aktenlager Immelborn“)*
Telefon: 0361/37-72689
E-Mail: christian.foss@gruene-thl.de



Tino Gaßmann
*Referent für Bildung, Jugend, Religion, Aufarbeitung,
Asyl- und Migrationspolitik*
Telefon: 0361/37-72683
E-Mail: tino.gassmann@gruene-thl.de



Michael Kost
Justiziar und Referent für Justizpolitik
Telefon: 0361/37-72667
E-Mail: michael.kost@gruene-thl.de



Tobias Lange
Referent für Grundsatzfragen, Innenpolitik und Kommunales
Telefon: 0361/37-72680
E-Mail: tobias.lange@gruene-thl.de



Ralf Martin
*Referent für die Begleitung der Enquete 6/1 Rassismus, Stv.
Referent für die Begleitung des UA 6/2 („Aktenlager Immelborn“)*
Telefon: 0361/37-72679
E-Mail: ralf.martin@gruene-thl.de



Sybille Mattfeldt-Kloth
*Referentin für Begleitung des Untersuchungsausschusses 6/3
 („Möglicher Amtsmissbrauch“)*
Telefon: 0361/37-72677
E-Mail: sybille.mattfeldt-kloth@gruene-thl.de



Jan Richter
*Referent für Finanzen, Haushalt,
Wirtschaft und Tourismus*
Telefon: 0361/37-72678
E-Mail: jan.richter@gruene-thl.de



Matthias Schlegel
*Referent für Bau, Landesplanung, Verkehr, Wohnen,
Landwirtschaft, Forsten und Gentechnik*
Telefon: 0361/37-72691
E-Mail: matthias.schlegel@gruene-thl.de



Gabriele Sondermann
*Referentin für Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz,
Ernährung, Arbeit, Gleichstellung und Petitionen*
Telefon: 0361/37-72693
E-Mail: gabriele.sondermann@gruene-thl.de



Norbert Sondermann
*Referent für Energie, Klima,
Umwelt, Naturschutz und Sport*
Telefon: 0361/37-72692
E-Mail: norbert.sondermann@gruene-thl.de

DIE ABGEORDNETEN DER FRAKTION



Dirk Adams

Fraktionsvorsitzender

Sprecher für Innenpolitik, Kommunales und Demokratie

Telefon: 0361/37-72660

E-Mail: dirk.adams@gruene-thl.de



Roberto Kobelt

Sprecher für Bau, Energie, Landesplanung, Naturschutz, Sport, Umwelt, Wohnen, Verkehr und Forsten

Telefon: 0361/37-72692

E-Mail: roberto.kobelt@gruene-thl.de



**Astrid Rothe-
Beinlich**

Parlamentarische Geschäftsführerin

Sprecherin für Bildung, Jugend, Justiz, Migration, Flüchtlinge, Religion, Rassismus und Aufarbeitung

Mitglied im U-Ausschuss 6/3

Telefon: 0361/37-72663

E-Mail: astrid@rothe-beinlich.de



Babett Pfefferlein

Sprecherin für Arbeit, Familie, Frauen, Gesundheit, Gleichstellung, Petitionen, Soziales und Verbraucherschutz

Mitglied der Strafvollzugskommission

Telefon: 0361/37-72681

E-Mail: babett.pfefferlein@gruene-thl.de



Olaf Müller

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Sprecher für Haushalt und Finanzen, Landwirtschaft, Tourismus und Wirtschaft

Telefon: 0361/37-72674

E-Mail: olaf.mueller@gruene-thl.de



**Madeleine
Henfling**

Stv. Parlamentarische Geschäftsführerin

Sprecherin für Wissenschaft, Kultur, Medien, Netzpolitik, Datenschutz, Europa u. Strategien gegen Rechtsextremismus

Mitglied im U-Ausschuss 6/1 („NSU“) und Vorsitzende des U-Ausschusses 6/2 („Aktenlager Immelborn“)

Mitglied der Enquete-Kommission „Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen“

Telefon: 0361/37-72675

E-Mail: madeleine.henfling@gruene-thl.de

Auf einen Blick

Solide
Haushaltspolitik:
**1 Milliarde Euro
Schulden getilgt,**
Rücklage gefüllt

**Entschädigungs-
fonds**
für die Angehörigen
der NSU-Opfer
eingerrichtet

**Digitalisierungs-
offensive** für
Thüringen mit offenen
Standards, freier
Software und eigener
Auszeichnung
gestartet

**Keine
Förderung**
mehr für
Großstallanlagen

**Vorfahrt für
Qualität** in
unseren
Kinderkrippen
und Kinder-
gärten

**Gleiche
Rahmenbedingungen**
für freie Schulen
geschaffen

Ausweisung
des **Grünen Bandes**
als **Nationales
Naturmonument**

Mehr Geld
für **Investitionen
in Tierheime**
bereitgestellt

**Mehr
Gerechtigkeit**
durch das Sinnes-
behindertengeld
ermöglicht

Klimagesetz
mit konkreten
Maßnahmen und
Zielen

Wahlalter 16
bei Kommunal-
wahlen
eingeführt

**Mehr
Polizist*innen**
für Thüringen
möglich
gemacht

Azubi-Ticket
für Thüringen
eingeführt